

IX. „Frau, sozial, national“: der „nationale Sozialismus“ der NPD-Frauen

Die NPD-Politik stützt sich auf ein in sich geschlossenes völkisch-nationalistisches Denksystem, in das sich auch die Nationaldemokratinnen stets eingefügt haben, um den Platz und die Rolle „der Frau“ in der „Volksgemeinschaft“ zu bestimmen. Die GDF bezeichnet diesen Deutungsrahmen jedoch nicht als „Ideologie“, sondern als „Weltanschauung“. Während die Ideologie einem Dogma gleichkäme, das wie der „Liberalismus“ oder der „Marxismus“ von „außen“ aufgedrückt würde, sei die Weltanschauung „spontan“, „authentisch“, sprich genuin „deutsch“. Ihr Anspruch sei keinesfalls universell, sondern partikular; sie ergebe sich aus der „natürlichen“ Verschmelzung des Individuums mit seiner unmittelbaren Umwelt. Die in dieser speziellen Art geprägte „deutsche Seele“ begründe seine „Arteigenheit“, sein „Empfinden“ und darum auch seine Weltsicht.¹ Aus diesem leicht esoterisch anmutenden Narrativ lässt sich die besondere Rolle der „Natur“ erfassen, die als biologisch-völkische Ordnungskategorie dem politischen Denken der Rechtsextremistinnen, insbesondere der GDF, zugrunde liegt. Als Denkfabrik war jene Frauenorganisation in den 2000er-Jahren hauptsächlich daran beteiligt, den Nationalismus aus weiblicher Perspektive zu reideologisieren, dabei Grundbegriffe wie „Ursprung“, „Gemeinschaft“, „Volk“, „Heimat“, „Frau“ oder „Mutter“ völkisch aufzuladen.² Somit begleitete die GDF die völkische Wende der NPD und stattete den RNF zugleich mit dem entsprechenden ideologischen Rüstzeug aus.

Genau um jene Gedankenwelt und um die daraus destillierten nationaldemokratischen Grundsätze soll es im Folgenden gehen. Nach einer kurzen Darstellung der für die Analyse relevanten Quellen von NPD, GDF und RNF sollen deren völkisch-nationalistische Ordnungsvorstellungen untersucht werden. Im Mittelpunkt der diskursanalytischen Betrachtung stehen sowohl das von den Frauen propagierte Geschlechtermodell, namentlich das Postulat der „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter, als auch der Maternalismus und sein Stellenwert im „nationalen Sozialismus“. Im Anschluss daran hinterfragt der letzte Abschnitt den auf diesem ideologischen Substrat begründeten Antidemokratismus der NPD-Frauen, indem er deren Bezug zu Rassismus, Gewalt und Terrorismus auslotet und darüber hi-

¹ GDF, Die Frau in der nationalen Bewegung, Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft deutscher Frauen, Unsere Zukunft, „Frauentum“, 2002, S. 4.

² Der Begriff „völkisch“ wurde Ende des 19. Jahrhunderts durch die allmählich aufkommende „völkische“ Bewegung popularisiert. Die darauf gründende Weltanschauung institutionalisierte sich zusehends in der Weimarer Republik und diente auch den Nationalsozialisten teilweise als ideologische Grundlage. Auch im 21. Jahrhundert kennzeichnet diese Kategorie eine ideologische Überhöhung von „Volk“ und „Volksgemeinschaft“, die als biologisch homogenes Kollektiv verstanden werden. Daraus leiten die radikalsten VertreterInnen der extremen Rechten ihre ultranationalistischen, ethnozentrischen, rassistischen, antisemitischen und sexistischen Positionen ab. Vgl. Puschner/Schmitz/Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung“, und Puschner/Großmann (Hrsg.), Völkisch und national.

naus auch deren Verhältnis zum Staat im Allgemeinen und zur Bundesrepublik im Besonderen kritisch beleuchtet.

1. Die programmatische Hinwendung zum völkischen Nationalismus

Das NPD-Programm von 1996 trat zu dem Zeitpunkt in Kraft, als Udo Voigt Günter Deckert an der Parteispitze ablöste;³ seine Verabschiedung auf dem Bremervörder Parteitag (Niedersachsen) am 7. und 8. Dezember 1996 markierte somit auch in ideologischer Hinsicht jene Machtübertragung zugunsten der Nationalrevolutionäre. Sich als „politische Antwort auf die veränderten nationalen und weltpolitischen Rahmenbedingungen nach den Umbrüchen von 1989/1990“ darstellend, betont das Parteiprogramm die historische Beispiellostigkeit der gerade begonnenen Ära, für die es zwangsläufig einer ebenso einzigartigen Politik bedürfe, um die „Herausforderungen der Zukunft“ zu meistern und die Interessen des deutschen „Volks“ zu wahren.⁴ Neben dem „Austausch der Mächtigen“ setzt es auf eine Neubestimmung des Nationalstaats und etabliert die nationale Souveränität auf dem völkischen Prinzip der „Volksgemeinschaft“.⁵ Hatte die NPD seit dem „Manifest“ von 1965 davon abgesehen, diesen stark konnotierten Begriff programmatisch zu verwenden, so rehabilitierte sie ihn 1996 mit dem Satz: „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus.“ Diese führt das Programm auf das „Volkstum“⁶ und die Kultur zurück, die beide als „Grundlagen für die Würde des Menschen“ ausgegeben werden.⁷ Gerade diese essentialistische Darlegung, die der freiheitlich-demokratischen Definition von „Menschenwürde“ (Art. 1 GG) klar zuwiderläuft, verdeutlicht den endgültigen Bruch der NPD mit ihrer zuvor noch in Ansätzen vorhandenen legalistisch-republikanischen Linie. Nach dieser völkischen Rahmensetzung handelt das Programm 15 thematische Schwerpunkte ab, die sich u. a. mit der Familie, der Wirtschaft, der Sozial-, Umwelt-, Bildungs- und „Wehrpolitik“ auseinandersetzen, ohne dabei jedoch konkrete politische Lösungen für die ausgemachten „Probleme“ („Multikulturalismus“, „Materialismus“ oder „Kapitalismus“) zu liefern. Viel eher geht es in diesem Text darum, die „neue“ Parteilinie programmatisch zu sichern.

³ NPD, Grundsatzprogramm der NPD, Bremervörde, 1996, www.npd.net/html/240/artikel/detail/209 (2. 12. 2009).

⁴ Ebenda.

⁵ Botsch, Wahre Demokratie.

⁶ Laut der völkischen Auslegung charakterisiert das „Volkstum“ das Wesen der „Volksgemeinschaft“. Es stütze sich auf die dem „deutschen Volk“ eigene Geschichte, Kultur und Tradition und sei einem biologischen Prinzip untergeordnet. Vgl. dazu Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus.

⁷ NPD, Grundsatzprogramm.

2002 kam das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“⁸ hinzu, das die ideologischen Neuorientierungen der NPD im Vorfeld der Bundestagswahlen von 2002 weiterentwickelte und dabei auch vor staatsfeindlichen Bekundungen, etwa in der Behauptung, „die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört“,⁹ nicht haltmachte. Zur Behebung bzw. zur „Bereinigung“ der „Schiefelage“ bewirbt dieses Programm eine voluntaristische Familienpolitik, die in einer völkisch-rassistischen Logik pro-natalistische Maßnahmen mit einer stark restriktiven Einwanderungspolitik verknüpft. Acht Jahre später markierte das in Bamberg (4./5. Juni 2010) verabschiedete Parteiprogramm „Arbeit, Familie, Vaterland“¹⁰ den Abschluss der völkischen Transformation: Schon die petainistische Anspielung im Titel¹¹ deutet auf den pro-nazistischen Charakter des Textes hin. Auf zwanzig Seiten trägt er die Eckpunkte des „nationalen Sozialismus“ zusammen, der den NationaldemokratInnen seitdem als verbindlicher ideologischer Rahmen dient.¹² Als „Trägerin des biologischen Erbes“ wird der Familie in der „neuen“ völkischen Ordnung eine ganz besondere Rolle zugedacht – davon zeugt schon deren Erwähnung an zweiter Stelle im Programmtitel. Auch andere programmatische Texte setzen sich präzise mit der Frauen-, Familien-, Bevölkerungs- und Lebensschutzpolitik auseinander, so etwa die von Waldemar Maier und Gitta Schüssler verfasste Broschüre „Die demographische Katastrophe stoppen“ von 2007.¹³ Zwar beziehen sich die AutorInnen größtenteils auf Sachsen, doch verdeutlichen sie, welche Positionen die NPD generell zu den Themen Konsumgesellschaft, Mutterschaft, demographischer Wandel und Einwanderung vertritt. Ähnlich ist es mit dem 2012 von Ricarda Riefling und der AG Familienpolitik im Bundesvorstand erarbeiteten Text „Familienpolitische Kehrtwende“.¹⁴ Auch darin kommt das völkisch-nationalistische und rassistische Gepräge, das der NPD-Bevölkerungspolitik zugrunde liegt, klar zum Ausdruck.¹⁵

⁸ NPD, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin, 2002, www.npd.net/html/240/artikel/detail/209 (2. 12. 2009).

⁹ Ebenda.

¹⁰ NPD, Das Parteiprogramm, Arbeit. Familie. Vaterland, Bamberg, 2010, www.npd.de/html/240 (15. 9. 2010).

¹¹ Von 1940 bis 1944 diente die Formel „Travail, famille, patrie“ als politischer Grundsatz der „nationalen Revolution“, die Philippe Pétain in Vichy etablieren wollte. Vgl. Rouso, Vichy.

¹² Der „nationale Sozialismus“ der NPD, auch „deutscher Sozialismus“ genannt, ist klar national-revolutionär bzw. neonationalsozialistisch geprägt. Vom historischen Nationalsozialismus unterscheidet er sich allerdings dadurch, dass er durch Elemente anderer Ideologien oder Denkrichtungen, etwa des DDR-Sozialismus oder der „Neuen Rechten“, „angereichert“ wurde. Der für die NSDAP bestimmende Antisemitismus wird, obwohl unweigerlich vorhanden, von der NPD eher selten explizit geäußert. Zum Vergleich von NPD und NSDAP vgl. Kailitz, Ideologie der NPD, und IfZ München, Fortschreibung der Stellungnahme vom 25. Februar 2013 zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus im Lichte des Ende 2015 zur Verfügung gestellten Materials, 9. 2. 2016, <https://www.ifz-muenchen.de> (29. 7. 2020).

¹³ Maier (Hrsg.), Katastrophe.

¹⁴ NPD, Familienpolitische Kehrtwende, Berlin, 2012, www.npd.de (14. 8. 2016).

¹⁵ Ebenda, S. 5 f.; so bemüht es die „Bevölkerungsaustausch“-These, welche die westlichen liberalen Demokratien bezichtigt, die einheimischen Bevölkerungen durch nichteuropäische Bevöl-

Zusätzlich zu diesen programmatischen Parteischriften können auch jene Quellen erwähnt werden, die von den Frauen der GDF oder des RNF mit der Absicht verfasst wurden, die Rolle der Frau in der völkischen Familienordnung von einem weiblichen Standpunkt aus zu bestimmen. Um „die Stellung der Frau in Volk und Staat [zu] vermitteln“, „die Mutterschaft [aufzuwerten]“ und den „Geburtenrückgang, [den] Kultur- und Sittenverfall [zu] bekämpfen“, verfasste etwa die GDF das Grundsatzprogramm „Die Frau in der nationalen Bewegung“.¹⁶ Veröffentlicht wurde es 2002 in ihrem Organ „Unsere Zukunft“, das in diesem Jahrzehnt in unregelmäßigen Abständen und bescheidener Auflage erschien.¹⁷ Zweck der Publikation war es, „Frauen, Mütter und Anhängerinnen“ über spezifisch nationalistische Themen und Ereignisse, germanische Bräuche und historische Figuren zu informieren, sie ideologisch weiterzubilden und ihren kommunitaristischen Sinn zu schärfen.¹⁸ Im Zentrum ihres Diskurses stand dabei immer die Mutterschaft, denn auf sie und sie allein schien sich ihre Definition von Weiblichkeit – bzw. von „Frauentum“ – zu reduzieren: In allen Texten, Bildern, Sprichwörtern und Gedichten, ja auch in den Kochrezepten, wurde sie unentwegt gepriesen. Mit ihrem „frauen-spezifischen Blickwinkel“ bestätigten und propagierten die Nationalistinnen somit althergebrachte Geschlechtsstereotypen und die dazugehörige patriarchale Geschlechterordnung.

Alle erwähnten Quellen, die Parteiprogramme von 1996, 2002 und 2010, die familienpolitischen Schriften von 2007 und 2012, das Organ „Unsere Zukunft“ sowie sämtliche digital veröffentlichten Texte der GDF und des RNF bilden den ideologischen Rahmen für die Analyse der NPD-„Frauenpolitik“, die das Weiblichkeitsbild und die Geschlechterrollen definiert, die Mutterschaft funktionalisiert und den Stellenwert der Familie im „Volk“ determiniert. Als Strukturmerkmal durchzieht die Frauen- und Geschlechterpolitik das gesamte nationaldemokratische „Volksge-meinschaftsprojekt“.

kerungsgruppen aus Schwarzafrika, dem Maghreb oder dem Nahen Osten ersetzen zu wollen und sie damit einer unumkehrbaren „Überfremdung“ auszusetzen. Popularisiert wurde die These durch den französischen Verschwörungsgläubigen Renaud Camus; vgl. Camus, Remplacement.

¹⁶ GDF, Die Frau in der nationalen Bewegung, Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft deutscher Frauen, in: Unsere Zukunft, Sonderausgabe „Frauentum“, 2002, S. 13.

¹⁷ Das Archiv des APABIZ verfügt lediglich über die drei recht amateurhaft gestalteten Ausgaben „Julmond 2003“ (Dezember 2003), „Lenzing 2004“ (März 2004) und „Brachet 2004“ (Juni 2004), die einen Einblick in die Gedankenwelt der Protagonistinnen erlauben. Die Herausgabe wurde zwischenzeitlich eingestellt. Zu Finanzierungsgrundlage, Autorenschaft (manchmal werden lediglich Initialen angegeben) und Entwicklung des Organs ist nichts bekannt. Zur Einordnung in die rechtsextreme Fanzine- und Medienlandschaft vgl. Döhring/Feldmann, Von „NS-Frauenwarte“ bis „Victory“.

¹⁸ Davon zeugen Zitate wie: „Einigkeit macht stark! [...] Lebt dieses Motto [...]. Wir sind nur stark, wenn wir an einem Strang ziehen! Ehrlichkeit, Offenheit, Einigkeit und Uneigennützigkeit [*sic!*]! Volkstreue Frauen halten zusammen!“ Siehe: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S. 15.

2. Frau, Mutter, Deutsche: das völkische Gemeinschaftsmodell der Nationaldemokratinnen

2.1. Die völkische Differenz: Mann und Frau in der „Volksgemeinschaft“

Zu den bedeutendsten ideologischen Innovationen der NPD zählt zweifellos die biologisch-völkische Neudefinition der Kategorie „Volk“ als nationalistischer Identitätsmarker.¹⁹ Während die älteren Parteiprogramme von 1965 bis 1987 insbesondere die deutsche Zerrissenheit zwischen den gegnerischen Blöcken, d. h. die Lage Deutschlands in Bezug auf den Kalten Krieg betonten, unterstrich das Programm von 1996 erstmals die Hinfälligkeit der „Konzepte und Positionen der Nachkriegszeit“.²⁰ Der grundlegende Paradigmenwechsel rührte daher, dass die „Gefahr“ nun nicht mehr als von „außen“ kommend, sprich als von den „imperialistischen“ USA oder dem kommunistischen Sowjetrußland ausgehend, betrachtet, sondern als „innere“ Gefahr wahrgenommen wurde. Diese existentielle Bedrohung, die mit der Angst vor einem Identitätsverlust in der globalisierten Welt einherging, beschwor das Programm von 2010 in einem alarmistischen Ton:

„Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Existentielle Bedrohungen gehen vom Geburtenrückgang, einer rasch voranschreitenden Überfremdung, der Fremdbestimmung durch übernationale Institutionen und der Globalisierung mit ihren verheerenden Folgen aus.“²¹

Nur die Rückbesinnung auf das „Volk“ könne, so das Argument der NPD, die Gefahren bannen, da es in seiner Essenz das „ewige Deutschland“ verkörpere.

Das „Volk“ definiert die Partei als organisch gewachsenes Kollektiv, das sich durch „Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und [sein] Bewußtsein“ von anderen unterscheidet und in der „Volksgemeinschaft“ aufgeht.²² Diese begreift die NPD als Gegenmodell zur „multikulturellen“ und liberal-pluralistischen Gesellschaft: Als ethnisch homogene „Gemeinschaft“²³ diene sie dem „sozialen Nationalstaat“ als Fundament.²⁴ Vor diesem völkischen Hintergrund werden ebenfalls die Rolle bzw. die Bedeutung des Individuums definiert: Entgegen des universalistischen Prinzips negiert die NPD die Existenz des Menschen als solchen. Sie schreibt, es gebe „den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen“; allein die Zugehörigkeit zum „Volk“, als „konkrete, greifbare [Lebenserscheinung]“ bestimme das Individuum.²⁵ Auch seien die Individuen, ob-

¹⁹ Zur Geschichte des „organischen Volksdenkens“ vgl. etwa Kohlstruck, Völkische Geschichtsauffassung.

²⁰ NPD, Grundsatzprogramm.

²¹ NPD, Parteiprogramm, S. 5.

²² NPD, Grundsatzprogramm.

²³ „Gegensatz von Gesellschaft und Volksgemeinschaft“, in: NPD, Parteiprogramm, S. 6.

²⁴ Ebenda, S. 6.

²⁵ Zitiert nach Schulze, Vier-Säulen-Konzept, S. 98.

wohl demselben „Volk“ angehörend, keinesfalls „gleich“, ihr Stellenwert sowie ihre Rechte und Aufgaben innerhalb der „Gemeinschaft“ hingen von der „Leistung“ jedes Einzelnen ab.²⁶

Unterordnung des Einzelnen unter die „Volksgemeinschaft“, biologische Homogenität, natürliche Ungleichheit – so lauten die ideologischen Maximen des Differenzdenkens, das der NPD auch als Grundlage für ihr Geschlechterbild dient. Obwohl die Familie in der Parteiprogrammatik immerzu als „Keimzelle des Volkes“²⁷ bezeichnet wird, finden Mann und Frau so gut wie keine Erwähnung. Deswegen haben es sich die Nationaldemokratinnen zur besonderen Aufgabe gemacht, dieses Manko auszugleichen, „ihren“ Bereich zu ideologisieren und ebenjene Geschlechtervorstellungen, insbesondere die „überlebenswichtige“ Rolle der Frau in der imaginierten „Gemeinschaft“, zu bestimmen. Darauf verweist insbesondere die GDF: „Verlieren wir die Frau – verlieren wir das Volk! Wir gewinnen den Überlebenskampf der deutschen Art in der Frau, wenn wir nicht müde werden, die Frau heute einzubinden und sie an ihre Pflicht zu erinnern.“²⁸

Grundlegend für das völkische Weiblichkeitsbild ist die Ansicht, dass die Frau weniger als Frau denn als „Deutsche“ begriffen wird, deren „Arteigenheit“ biologisch und ethnisch – d. h. „rassisch“ – vorgeformt sei. Die Nationaldemokratinnen beschreiben ihr Wesen als rein und authentisch, sentimental, bescheiden, sanft, verantwortlich und fürsorglich – alles Eigenschaften, die ihr in direkter Überlieferungslinie von der „Germanin“ zukämen. Als nordisch-germanisches Ideal werden diesem „historischen“ Vorbild bestimmte „deutsche“ Werte, Tugenden und Charakterzüge wie Stolz, Anmut, Schönheit, Demut, Ehrlichkeit und Sittlichkeit zugeschrieben.²⁹ Entsprechend behauptet die GDF in „Blut-und-Boden“-Manier: „Gesicht und Gestalt, Blut und Erbe, Landschaft und Stamm, Schicksal und Geschichte gaben [Germaniens Frauen] Form und Ausdruck.“³⁰ Als gern zitierter Archetyp bietet die „Germanin“ eine willkommene Projektionsfläche, dank der die Rechtsextremistinnen völkische Geschlechterbilder konstruieren können. Natürlich gebe es auch konkrete weibliche Vorbilder, auf die man sich berufen könne: Mythologische Figuren wie die Frühlingsgöttin Ostara,³¹ historische Persönlichkeiten wie die Pilotin Elly Beinhorn oder Zeitgenossinnen wie die norwegische Bergsteigerin Randi Skaug seien eindeutige Beispiele für den vermeintlich unvergleichlichen „nordischen Mut“.³² Sogar Paula Hitler, die „unbekannte Schwester“ Adolf Hitlers, wird in der „Deutschen Zukunft“ lobend erwähnt. Gewürdigt wird der große Eifer, mit dem sie sich ihr Leben lang für die Rehabilitierung ihres Bru-

²⁶ Volksgemeinschaft, in: NPD, Politisches Lexikon.

²⁷ NPD, Parteiprogramm, S. 7.

²⁸ GDF, Die Frau in der nationalen Bewegung, Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft deutscher Frauen, in: Unsere Zukunft, Sonderausgabe „Frauentum“, 2002, S. 12.

²⁹ Gedanken zum Thema Kleidung, in: GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 13.

³⁰ GDF, Das Antlitz Germaniens Frauen und Mütter!, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

³¹ Frühling, in: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S. 16.

³² Berühmte Deutsche, in: GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 2, und Meldung, in: GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 4.

ders, des „größten Sohns“ Deutschlands, eingesetzt habe.³³ Der Rückgriff auf diese „Modelle“ dient der besseren Identifikation mit einem Weiblichkeitsideal, das in seiner essentialistischen Grundierung jegliche Kontingenz, Kontextualität sowie soziale und kulturelle Geschlechtsnormierungen negiert. Das Geschlecht wird schlicht naturalisiert und die Genetik verabsolutiert:

„Viele Leute wollen es nicht so recht akzeptieren, aber es gibt sie – die typischen männlichen und die typischen weiblichen Eigenschaften, die als Erbanlagen mit der Entstehung eines Lebewesens existieren. Man kann in der Erziehung gewisse angeborene Verhaltensweisen stärken oder schwächen, auch vorübergehend ignorieren, aber auf Dauer nicht völlig umgestalten. Die genetische Anlage wird sich einfach immer wieder durchsetzen. Und das ist auch gut so, denn diese elementaren Eigenschaften dienen dem Gesetz der Natur – nämlich dem Zusammenleben und Fortbestehen der Art“.³⁴

meint die GDF.

Als Grundprinzip der „natürlichen“ Geschlechterordnung betrachten die NPD-Frauen demnach die Zweigeschlechtlichkeit. Diese laden sie mythisch auf, indem sie sie mit einer heidnischen Schöpfungslegende verbinden, wonach Mann und Frau aus zwei an einen Strand gespülten Baumstämmen, einer Esche und einer Ulme, hervorgegangen und von „Asen“ – Odin, Hönir und Lodur – zu Menschen geformt worden seien.³⁵ Aus diesem nordisch-germanischen Ur-Mythos leiten sie eine völkische Gegenerzählung zur christlichen Schöpfungsgeschichte her, die es ihnen ermöglicht, ihren Geschlechterdiskurs zu legitimieren und zugleich einen antisexistischen Anspruch anzumelden: Da beide Geschlechter gleichzeitig und unabhängig voneinander geschaffen wurden, sind sie „andersartig“, komplementär und „gleichwertig“.³⁶ Um diese Komplementarität in Worte zu fassen, erklärte die GDF etwa, dass dem Mann „mit seinem vorwärtsdrängenden Kampfgeist, dem starren Willen, der dem Verstandesmäßigen entspringt“, die „mütterliche Frau als Ergänzung“ gegenüberstehe. Sie fügte hinzu: „Der Mann ist Wegbereiter, die Frau Hüterin, Walterin des nieversiegenden Bornes deutschen Volksgutes.“³⁷

Moralisch abgesichert wird die Zweigeschlechtlichkeit durch die heteronormative „lebenslange Ehe“, die der „biologischen Geschlechterbeziehung“ ihren „ganzheitlichen“ Charakter verleihe und den Fortbestand des Volks „in der Kette

³³ Paula Hitler, in: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S. 14 f.

³⁴ GDF, Was sind eigentlich „Emanzen“?, o. D., www.g-d-f.de (13. 11. 2009).

³⁵ GDF, Germanische Schöpfungsage – die Entstehung der Welt, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010); RNF, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (2. 12. 2009); NPD Hessen, Im Gespräch mit Ricarda Riefling, Neujahrseftakt der NPD zur Europawahl, 11. 1. 2019, www.youtube.de (28. 7. 2020). Die heidnische Schöpfungserzählung entlehnen die Nationaldemokratinnen aus der Edda, einer aus zwei Werken bestehenden Schrift aus dem 13. Jahrhundert, die nordisch-germanische Götter- und Heldensagen enthält.

³⁶ Das Postulat der „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts von den völkisch-nationalistischen Kreisen propagiert und im „Dritten Reich“ zur Grundlage der Familienpolitik gemacht. Die NPD nahm es 1973 in ihr Programm auf: „Mann und Frau haben unterschiedliche, jedoch gleichwertige Aufgaben“; vgl. NPD, Programm, 1973.

³⁷ GDF, Unsere Mutterfrauen als Hüterin [*sic!*] der nordischen Seele, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

der Generationen“ gewährleiste.³⁸ Vor diesem Hintergrund lässt sich erklären, weshalb die NPD, der RNF und die GDF mit einer solchen Vorliebe die „Dekadenz“ der liberalen „Spaßgesellschaft“ geißeln, in der „alles unverbindlich, beliebig und kurzweilig“ sei, die Scheidungsrate explodiere, alternative Lebensstile und Familienmodelle (Patchwork-Familien, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien usw.) normalisiert würden und „die Ehe zwischen Mann und Frau, deren Sinn die Reproduktion ist, zur ‚Lebenspartnerschaft‘ abgerüstet [werde], damit auch schwule und lesbische Paare den Segen empfangen können“.³⁹ Dass die NationaldemokratInnen die gleichgeschlechtliche Liebe ablehnen, zeigten sie bspw. 2013, als in Frankreich die Diskussion um die „Ehe für alle“ aufflammte. Der RNF sprach dem lautstarken Protest der homophoben „Demo für alle“ („Manif pour tous“) ihre Unterstützung aus und monierte die „übertriebene Toleranz“, die der französische Staat in diesem Bereich angeblich walten ließe, indem er gleichgeschlechtliche Partnerschaften fördere, „homosexuelle Propaganda“ in der Öffentlichkeit verbreite und die LGBTIQI+-„Minderheit“ bevorzugt behandle.⁴⁰ Als die Debatte im Sommer 2017 auch den Deutschen Bundestag erreichte, veröffentlichte Gitta Schüssler eine Pressemitteilung, in der sie die Verfassungswidrigkeit der „Ehe für alle“ darzulegen versuchte:

„Bei der sogenannten Ehe für alle [...] geht es im Grunde um eine Gleichstellung für zwei Sachverhalte, die aufgrund ihrer Verschiedenheit gar nicht gleich sein können. Den Gesetzgeber interessiert nicht im Geringsten, wer sich liebt und lebenslangen Beistand leisten will, sondern einzig und allein die Reproduktionsfähigkeit dieser Beziehungen. Dies aber ist nur in einer Mann-Frau-Beziehung gegeben. Genau aus diesem Grund ist im Art. 6 des Grundgesetzes auch ‚Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung‘ gestellt. Was also ist der Grund, wenn das linke Spektrum unter dem Vorwand von Menschenrechten, Gleichheit, Demokratie usw. den feststehenden Begriff der Ehe umdeuten, erweitern, aufweichen und letztlich entwerten will? Geht es ihnen tatsächlich um die Vertreter dieser Minderheit [...] Oder geht es eher um die weitere Zerstörung einer Institution, die die Grundlage, die Keimzelle eines jeden Gemeinwesens ist?“⁴¹

Homosexuelle werden als minderwertig betrachtet, weil sie laut RNF „zum Fortbestand der ‚Gesellschaft‘ – des Volkes – keinen sinnvollen Beitrag leisten können und damit unsere aller Lebensgrundlage beschädigen, die Sozialsysteme zusätzlich belasten und zerstören – wie alle bewussten Kinderlosen“. Die NPD-Frauenorganisation folgert daraus, dass homosexuelle Männer und Frauen „eine nicht staatstragende Minderheit“ seien.⁴² Auch so lässt sich ihr Schlagwort „ungleiches gleich zu behandeln ist ungerecht“ interpretieren. Es verwundert also nicht, dass der RNF den Schutz der klassischen heteronormativen Familie zur absoluten politischen Priorität erhebt. Ihm zufolge sei gerade sie die „Trägerin des biologischen

³⁸ Maier (Hrsg.), *Katastrophe*, S. 13.

³⁹ Ebenda, S. 10.

⁴⁰ RNF, Erklärung des Ringes Nationaler Frauen, 18. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (22. 10. 2013).

⁴¹ Gitta Schüssler, *Ehe für alle*, 30. 6. 2017, www.ring-nationaler-frauen.org (2. 7. 2017).

⁴² RNF, *Homosexuelle bleiben für uns eine nicht staatstragende Minderheit*, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (29. 10. 2009).

Erbes“. So setze ein „gesundes Volk“ auch eine „gesunde Familie“⁴³ voraus, in der die Männer⁴⁴ und Frauen den „Naturgesetzen“ entsprechend unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen und somit einer „völkischen Ethik“ gehorchten:

„Obwohl beweglich, kennt die völkische Ethik keine Ausnahmen und Kompromisse, sondern nur Notwendigkeiten, die größte Opferbereitschaft und Hingabe fordern, weil das Bestehen des Volkes sie erfordert. [...] [Dem deutschen Menschen] geht es nicht ums glücklich werden an sich, sondern um die Erfüllung der Lebensaufgaben, in denen er sich selbst erfüllt.“⁴⁵

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die ideologische Hinwendung zum völkischen Nationalismus der Aspekt ist, durch den sich die „neue“ NPD am meisten von der „alten“ unterscheidet. Hinter dem Postulat der biologischen Differenz verbirgt sich eine ‚Ideologie der Ungleichheit‘, welcher eine äußerst anti-universalistische, nicht-egalitäre und rassistische Weltdeutung zugrunde liegt. Mit der freiheitlich-demokratischen Definition von Volk, Individuum und Menschenwürde hat sie nichts gemein. Seit dem Anfang der 2000er-Jahre haben sich die Nationaldemokratinnen, insbesondere im Rahmen der GDF, einer weiblichen Ideologieschmiede, an der Nazifizierung ihrer Partei beteiligt. Dadurch, dass sie „ihren Bereich“, d. h. die Geschlechterordnung bzw. die Geschlechterbeziehungen und -rollen innerhalb der Familie völkisch definierten, schlossen sie eine ideologische Lücke. Hierbei haben sie sich selbst politisch hervorgetan und ihre Stellung als völkische Frauen gewissermaßen legitimiert.

2.2. Das Modell der „Gleichwertigkeit“

Auf den ersten Blick mag das völkische Prinzip der „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter nicht weiter Anstoß erregen; es mutet sogar antisexistisch an, weil es fern jeglicher Geschlechterhierarchien Mann und Frau als Äquivalente betrachtet, sie als „ungleichartig“ und komplementär darstellt und ihnen deswegen „gleiche Rechte“, aber „unterschiedliche Pflichten“ zuschreibt.⁴⁶ Weiter gedacht, bedeutet dies dennoch, dass es gar keinen Sexismus geben kann, sofern die „männlichen“ und „weiblichen“ Bereiche strikt voneinander getrennt bleiben und sich Männer und Frauen auf das Gebiet beschränken, das ihnen von „Natur“ aus zugewiesen ist. Bei kritischer Betrachtung tritt der reaktionäre und antidemokratische Charakter der „Gleichwertigkeit“ klar zutage, rechtfertigt sie doch implizit die Diskriminierung von Frauen außerhalb ihres traditionellen Tätigkeitsfelds, der Familie.

⁴³ NPD, Grundsatzprogramm.

⁴⁴ Zu den Männlichkeitsdiskursen in der NPD vgl. Claus/Lehnert (Hrsg.), Was ein rechter Mann ist, oder Hüttmann, Männlichkeitsdiskurse.

⁴⁵ GDF, Unsere Zukunft, Juni 2004, S. 16 f.

⁴⁶ Vgl. RNF, Deutschland ist auch Frauensache, sozial geht nur national, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (10. 2. 2010). Das Programm von 1996 hingegen räumte Männern und Frauen die „volle Gleichberechtigung“ ein; die „Gleichwertigkeit“ steht seit 2010 im NPD-Programm.

Um die völkische Geschlechterordnung zu illustrieren, greifen die Nationalistinnen auf das Beispiel der GermanInnen zurück.⁴⁷ In ihrer „historisch-fiktionalen Gegenerzählung“ (Gideon Botsch) erscheint die Germanin als „Überfrau“, die mal als Kriegerin, mal als Priesterin auftritt, immer aber eine respektierte Hausfrau gewesen sei, die ihrem Mann in seinen öffentlichen Aufgaben stets beratend zur Seite gestanden habe.⁴⁸ Gerade sie eigne sich deswegen besonders, um „matriarchalische Strukturen“ in der „Gemeinschaft“⁴⁹ offenzulegen und daraus ein ausgewogenes, „ur-deutsches“ Geschlechterrollenmodell abzuleiten. Über Jahrhunderte habe es das harmonische Zusammenleben von Mann und Frau geregelt, bis das Christentum und die forcierte Christianisierung Germaniens Mitte des ersten Jahrtausends das Patriarchat bzw. die Herrschaft des Mannes und die Unterdrückung der Frau zum Ordnungsprinzip erhoben habe. So schildert die GDF:

„Das Christentum hat das einstige Frauenbild einer selbstständigen, rechtschaffenden [*sic!*], freien, geachteten und ratgebenden Frau zu einer unfreien, fast rechtlosen, missachteten und in den Augen des christlichen Mannes dummen, sündhaften Frau gemacht. Der Germane sah in seiner Frau das Göttliche [...] und verehrte sie deshalb sehr. Sie war in seinem Kulturkreis gleichwertig dem Manne und hatte die selben Rechte. Der Christ sah in seiner Frau seine Untertanin, die ungebündigt, zügellos, triebhaft und widerspenstig ist, den Mann immer ins Verderben führen will und daher zu Gehorsam und Demut durch Züchtigung erzogen werden muss.“⁵⁰

Die Gegenüberstellung beider Modelle dient hier vornehmlich als Vorwand, um die Überlegenheit der heidnisch-germanischen Lebenswelt gegenüber der als „fremd“, „undeutsch“ und dazu noch „misogyn“ präsentierten christlichen Lebenswelt zu affirmieren. So bedient die antisexistische Kritik der Nationaldemokratinnen ein antichristliches und xenophobes Narrativ.⁵¹

Interessanterweise halten sie der ersten Frauenbewegung zugute, die Geschlechterverhältnisse wieder ins Gleichgewicht gebracht zu haben, da ihre Errungenschaften in Recht, Politik und Bildung den Frauen erlaubt hätten, ihren „wesensgemäßen“ Platz in der „Gemeinschaft zwischen den Geschlechtern“ zu-

⁴⁷ Dass es den NationaldemokratInnen in ihrem Germanenbild weniger um evidenzbasierte historische Begebenheiten als um einfache, aussagekräftige Stereotypen geht, zeigen die vielen Behauptungen und Vereinfachungen in ihren historischen Darlegungen.

⁴⁸ GDF, Wie hat sich die Stellung der Frau durch kirchlichen Einfluss verändert?, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

⁴⁹ Das Matriarchat bezeichnet eine soziale Ordnung, in der die Frau die Entscheidungsgewalt besitzt. Mit der Hervorhebung ebenjener Tendenzen bei den GermanInnen möchte die GDF die besondere Stellung der Frau in der germanischen Gemeinschaft herausstellen. Vgl. GDF, Die Frau bei den Germanen, matriarchale Strukturen in einer patriarchalen Gesellschaft, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

⁵⁰ GDF, Wie hat sich die Stellung der Frau durch den kirchlichen Einfluss verändert?, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

⁵¹ Dieses völkische, antichristliche Geschlechternarrativ findet sich schon bei nationalsozialistischen oder neurechten Vordenkerinnen wie Pia-Sophie Rogge-Börner und Sigrid Hunke, deren „nationalistischer Feminismus“ den Rassegedanken mit der Geschlechterfrage verband und die „Gleichheit“ zwischen Mann und Frau zum Exempel für die rassische Überlegenheit der Deutschen machte. Vgl. Hunke, Mann und Frau, und Meyer, Mouvement völkisch.

rückzuerobern.⁵² Ein Artikel der GDF geht noch weiter und bekundet sogar den Feministinnen der 1970er-Jahre seine Sympathie, weil sich zu dieser Zeit „fast jeder mit der Forderung nach Gleichberechtigung solidarisieren [konnte], auch fast jeder Mann. Warum sollte eine Frau auch weniger Rechte haben?“⁵³ fragte die Autorin, als sei dies auch für Nationalistinnen selbstverständlich. So viel Offenheit ist jedoch erstaunlich, wenn man bedenkt, mit welcher Vehemenz die NPD in den 1970er- und 1980er-Jahren den politischen Feminismus bekämpfte und heute immer noch bekämpft. Meistens fällt das Urteil über die Autonome Frauenbewegung tatsächlich weit kritischer aus. Sie wird bezichtigt, das Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern endgültig zerstört zu haben, indem sie die Frau von ihrem angestammten Platz in Haushalt und Familie losgelöst habe. Angeprangert werden generell all jene Frauen, die sich im Zuge des Wertewandels entgegen ihrer „mütterlichen Instinkte“ der „emanzipatorischen Selbstverliebtheit“ hingegeben hätten, namentlich die „unnatürlichen Frauen“, „Emanzen“, „Politlesben“, „Kinderlosen“, „Karrierefrauen“ und „Akademikerinnen“, alles Frauentypen, die der RNF dem Feminismus zuordnet und zum Inbegriff eines übersteigerten Egoismus macht.⁵⁴ 2010 sah die sächsische RNF-Vorsitzende Kathrin Köhler die größte Gefahr für das „Volk“ in der von FeministInnen geforderten „Gleichstellung mit den Männern“. Es sei ein grundlegendes Missverständnis, das zwangsläufig zur „Gleichmacherei“ führe, weil „ihr Wunsch nach Selbstverwirklichung sich an einem einseitig männerdominierten Verständnis von Erfolg und Karriere“ orientiere und somit die natürliche Ordnung, sprich die Trennung von Familie und Arbeit, pervertiere.⁵⁵

In diesem Zusammenhang monieren die NPD-Frauen alle staatlichen oder supranationalen Programme zur Förderung der Gleichberechtigung, allen voran das *Gender Mainstreaming*, das Mitte der 1980er-Jahre von der UNO initiiert und später vom Europäischen Parlament übernommen wurde, in der Bundesrepublik erst 1998 in das rot-grüne Koalitionsprogramm integriert und ab 2002 unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin Renate Schmidt umgesetzt wurde, um die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu bewerkstelligen.⁵⁶ Die Nationaldemokratinnen

⁵² RNF, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (2. 12. 2009). Der Bezug der Nationalistinnen auf die Frauenbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts ist insofern für sie nicht problematisch, als auch die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen die Geschlechterdifferenz und die „geistige Mütterlichkeit“ betonten und das Patriarchat als solches nicht in Frage stellten. Vgl. Bock, *Geschlechtergeschichten*, S. 262.

⁵³ GDF, Willkommen in der Girly-Kratie, o. D., www.g-d-f.de (8. 3. 2010).

⁵⁴ Kathrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010); GDF, Rettet die Frauen vor den Emanzen, o. D., www.g-d-f.de (13. 11. 2009); GDF, Was sind eigentlich „Emanzen“, o. D., www.g-d-f.de (13. 11. 2009); RNF, Faule Mütter sollten endlich Vollzeit arbeiten gehen!, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

⁵⁵ Kathrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

⁵⁶ Vgl. Meuser/Neusüß (Hrsg.), *Gender Mainstreaming*.

hingegen werten das Programm als „feministisch-marxistischen“ Versuch, die berufliche und ökonomische Besserstellung von Frauen auf Kosten der Männer zu erreichen, Letztere also zu diskriminieren. Es sei Teil einer perfiden „Gender-Ideologie“,⁵⁷ anhand derer die „herrschenden Eliten“ aus Politik, Kultur und dem akademischen Milieu die „Geschlechtsentfremdung“ gezielt vorantrieben. Die „Transformation“ beschränke sich nicht nur auf die gendergerechte Sprache, sondern ginge noch sehr viel weiter, wie Ricarda Riefling 2015 mit Empörung feststellte:

„Unisex-Toiletten, lesbische Ampelfrauen und Regenbogen-Zebrastreifen – solche skurrilen Blüten treibt die Gender-Ideologie mittlerweile in Deutschland. Gender Mainstreaming will die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau verwischen und erklärt das Geschlecht zu einem frei wählbaren Identitätsmerkmal. Daher gibt es in der kruden Vorstellungswelt der Gender-Ideologen nicht nur zwei, sondern eine Vielzahl von unterschiedlichen Geschlechtern.“⁵⁸

Das sei der Beweis, dass in der „Gender-Republik“ bzw. „Gender-Diktatur“ die „FeminismusfaschistInnen“ das Sagen haben.⁵⁹ Mit diesen verschwörungsgläubigen, völkisch-populistischen Auslegungen diskreditieren die Rechtsextremistinnen ein Programm, das ihnen zufolge einzig und allein darauf abziele, die Deutschen „umzuerziehen“ und gefügig zu machen.⁶⁰ Dem Staat und seinen Behörden wird somit unterstellt, die im Grundgesetz verankerte „Gleichheit“ zwischen Frauen und Männern als Mittel nutzen zu wollen, um die Geschlechter „umzuprogrammieren“ oder sie gar abzuschaffen. Unter dem Deckmantel der „Feminismuskritik“ bzw. des Antifeminismus nehmen die Nationaldemokratinnen somit auch die vermeintlich „antideutsche“ Bundesrepublik ins Visier.

Um diesem „zersetzenden“ Zeitgeist entgegenzuwirken, ruft der RNF dazu auf, der „Emanzipation“ den Rücken zu kehren. Unter der Leitung Edda Schmidts hatte die Frauenorganisation 2010 einen im Wortlaut ziemlich unscharfen „postfeministischen“ Entwurf⁶¹ vorgelegt, der den Frauen dabei helfen sollte, ihr „Grundrecht“ auf Mutterschaft „selbstbewusst“ wahrnehmen zu können, ohne „als ‚Heimchen am Herd‘ abqualifiziert zu werden oder existenzielle Nachteile in

⁵⁷ Diese Kritik an einer vermeintlich staatlich gestützten „Gender-Ideologie“ führte in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu vehementen, von kirchlichen, reaktionären, rechtspopulistischen oder extremistischen Kreisen getragenen Anti-Gender-Kampagnen. Sie stellen die Wissenschaftlichkeit der Geschlechterforschung in Frage und kritisieren die Dekonstruktion von sexuellen Identitäten, Geschlechterdiskursen, -bildern und -praktiken. Vgl. Lang, Genderismus; Hark/Villa (Hrsg.), Anti-Genderismus; Lang/Peters (Hrsg.), Antifeminismus; Dietze/Roth (Hrsg.), Right-wing Populism.

⁵⁸ Ricarda Riefling, Gender Irrsinn: Ricarda Riefling zu Gast bei DS-TV, 29. 9. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (7. 3. 2016).

⁵⁹ RNF, Der RNF im Feldzug gegen FeminismusfaschistInnen!, 25. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (14. 6. 2013). Vgl. Lang, Frauenbilder.

⁶⁰ GDF, „Gender Mainstreaming“ – Gleichberechtigung oder Gehirnwäsche, o. D., www.g-d-f.de (25. 3. 2010).

⁶¹ Dass der „Postfeminismus“ ironischerweise zuvor schon von Judith Butler, einer der bedeutendsten VertreterInnen der Queer-Theorie, geprägt wurde, schienen die RNF-Frauen zu ignorieren; Butler, Gender Trouble.

Kauf nehmen zu müssen“.⁶² Den Feminismus zu überwinden, bedeutete für sie im Grunde, zur biologischen Geschlechterbinarität zurückzukehren und die Mutterrolle aufzuwerten. Keinesfalls aber sollten Frauen durch irgendwelche Quotenregelungen begünstigt werden: Dies stünde dem Leistungsprinzip entgegen.⁶³ Auf strukturelle Diskriminierungen, denen Frauen in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen, etwa in der Arbeitswelt oder der Politik – und auch in Parteien wie der NPD – begegnen, ging der RNF gar nicht erst ein. Außerhalb der Familie sollte es konsequenterweise keine „Frauenrechte“ geben.⁶⁴

So kann das von den NPD-Frauen propagierte Gleichwertigkeitsmodell in vielerlei Hinsicht als antidemokratisch betrachtet werden: erstens, weil es von einer ethnisch-homogenen „Volksgemeinschaft“ ausgeht und deswegen grundsätzlich exklusiv und rassistisch ist; zweitens, weil es die Geschlechter zwangsläufig auf die heteronormative Binarität reduziert, Geschlechterrollen und -verhältnisse naturalisiert und somit die Bedeutung von sozialen Prozessen und Normierungen für die Entwicklung von Geschlechtsidentitäten ausblendet; und schließlich drittens, weil die „Gleichwertigkeit“ die „Ungleichheit“ prinzipiell voraussetzt und Diskriminierungen legitimiert. Den Nationalistinnen gilt die „Gleichwertigkeit“ dementsprechend als völkisches Pendant zum bundesrepublikanischen Modell der „Gleichheit“. Auch steht sie exemplarisch für das antisexistische Dilemma der Rechtsextremistinnen, die zwar mehr Rechte und Anerkennung für sich einfordern, den Feminismus aber grundsätzlich ablehnen.⁶⁵ Mit den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist diese „Gleichwertigkeit“ mitnichten unter einen Hut zu bringen.

2.3. Der nationalistische Maternalismus und die Sozialpolitik

Der NPD zufolge könne die Frau dem völkischen Ideal nur gerecht werden, wenn sie sich der „großen Aufgabe“ hingebe, die ihr seit Urzeiten zufällt: der Mutter-schaft. Die Mutter ist diejenige, die ihr Kind trägt und gebiert, erzieht und formt und darüber hinaus ihr ganzes Leben, wie einst die Germanin,⁶⁶ rund um ihre Familie organisiert. Diesen reproduktiven Dienst erweise sie der „Volksgemein-

⁶² Katrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

⁶³ „Männer und Frauen sind im Arbeitsleben unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips gleich zu behandeln.“ In: NPD, Grundsatzprogramm, o. S.

⁶⁴ Katrin Köhler, Landesweite Aktionen des RNF-Sachsen: Ist der internationale Frauentag noch zeitgemäß?, 8. 3. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (12. 3. 2010).

⁶⁵ Auf das Spannungsfeld zwischen völkischem Differenzdenken und antisexistischen Forderungen hat schon Renate Bitzan hingewiesen; Bitzan, Selbstbilder rechter Frauen.

⁶⁶ Die GDF schreibt dazu: „Der deutschen Frau bevorzugter Wirkungskreis war das Heim. Sie wollte vor allem Gattin und Mutter sein und war glücklich dabei. Das sind Millionen Frauen auch heute noch.“ Vgl. GDF, Das Antlitz Germaniens Frauen und Mütter!, o. D., www.g-d-f.de (21. 1. 2010).

schaft“. So lässt sich das nationalistisch-maternalistische Narrativ der Nationaldemokratinnen knapp zusammenfassen. Es basiert auf der metaphysischen Annahme, dass alles Leben mit der Frau beginne und ende. Als Lebensquell unterhalte sie eine kosmisch-biologische Verbindung zur Natur, zur Erde und zum Volk, das sinnbildlich ihrem fruchtbaren Schoß entspringe. Zahlreiche esoterisch angehauchte Texte des RNF betonten die kosmogonische Korrelation zwischen dem natürlichen Kreislauf der Jahreszeiten und der weiblichen Fruchtbarkeit. Einer vergleicht etwa den einstmaligen badischen Brauch, besäte Felder im Winter mit einem Fackelzug zu begehen, mit den Hieben der „Lebensrute“, denen sich junge Frauen einst beim Karneval ausgeliefert sahen. Beide symbolisierten die Befruchtung, der Felder einerseits, der Frauen andererseits.⁶⁷ Frauenkörper gleich „Volkskörper“ – in diesem analogen Zusammenhang funktionalisieren die Rechtsextrémistinnen die „heterorassische Sexualität“ (Elsa Dorlin).⁶⁸

Doch können Frauen auch zur Bedrohung werden, wenn sie sich den Naturgesetzen widersetzen und das „Volk“ verraten, indem sie sich zum Beispiel weigern, Kinder zu zeugen und auszutragen oder schlimmer noch: wenn sie abtreiben. Ein Recht auf Selbstbestimmung habe die Frau in diesem Bereich nicht. Das NPD-Programm von 1996 billigte die „Tötung ungeborenen Lebens“ nur „bei Gefahr der Gesundheit von Mutter und Kind sowie nach Vergewaltigungen“, später kam im Aktionsprogramm von 2002 noch die eugenisch klingende Präzisierung für die Fälle „schwerer Behinderung oder Belastung eines Kindes mit einer Erbkrankheit“ hinzu.⁶⁹ Dass Frauen überhaupt „widernatürliche“ Schwangerschaftsabbrüche in Betracht zögen, erklärt die NPD mit dem ökonomischen Druck, dem Frauen im neoliberalen Deutschland ausgesetzt seien, weil sie ja arbeiten „müssten“. ⁷⁰ Insbesondere dem § 218a StGB, der bei medizinischer oder kriminologischer Indikation die Straffreiheit vorsieht, sagen die Nationaldemokratinnen den Kampf an; für sie ist Abtreibung schlicht „Mord“, wenn nicht „Massenmord“, und diejenigen, die dafür eintreten, Kriminelle.⁷¹ Feministinnen wie Alice Schwarzer, einer historischen Vorkämpferin für das Abtreibungsrecht, werden schierer Kinderhass und Nihilismus unterstellt. Sigrid Schüssler widmete ihr einen bissigen Text, in dem sie die Ikone der Autonomen Frauenbewegung zum Anlass nahm, um den „heroischen Lebenskampf“ der nationalistischen Mütter hyperbolisch, „lebensnah“ und detailreich zu schildern:

„Wie mutig, kämpferisch und lebensrechtlerisch bin ich, wenn ich allen Widrigkeiten zum Trotz mein Kind austrage? Die Schwangerschaft überstehe, die schmerzhafteste Geburt, den Urschmerz überhaupt ertrage, meine Brüste vom fiebrigen Milcheinschuß glühend heiß werden lasse, das Ansaugen des Kindes wie nicht enden wollende Nadelstiche erleide, meinen Schlaf opfere und mit dieser Liebe, Hingabe und Aufopferung alle kommenden endlosen Sorgen als Mutter bewäl-

⁶⁷ RNF, Brauchtum zur Faschingszeit, 14. 2. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (26. 2. 2010).

⁶⁸ „Sexualité hétéroraciale“ im französischen Original; vgl. Dorlin (Hrsg.), *Sexe, race, classe*, S. 13.

⁶⁹ NPD, Grundsatzprogramm; NPD, Aktionsprogramm, S. 35.

⁷⁰ NPD, Parteiprogramm.

⁷¹ Die Pille. Mordwaffe oder Verhütungsmittel?, in: GDF, *Unsere Zukunft*, Dezember 2003, S. 2.

tigen werde. Sich heute den Aufgaben einer Mutter zu stellen, verlangt einer Frau alles ab. Sie muss gegen den Strom schwimmen können, wenn sie ihre Kinder mit gesunden, sinnhaften Werten erzieht. [...] Liebe Alice, wen hast du nun kastriert? Du hast dich selbst und deinesgleichen abgetrieben, auch wenn ihr immer noch die Redaktionsstuben besetzt haltet – wir sind jetzt da. Die Zeit der aggressiv-fruchtbaren Frauen ist angebrochen. Wir sind stark, selbstbewusst und die Frauen der Zukunft, denn hinter uns steht sie bereits, die nächste Generation und die ist aus einem besonders widerstandsfähigen Holz geschnitzt.“⁷²

Für Schüssler, die sich den „aggressiv-fruchtbaren“ und kinderreichen Frauen zu-rechnet, sei der Kampf gegen die Feministinnen ohnehin schon entschieden, weil Letztere „sich und ihresgleichen“ dank ihrer „Gebärstreik“- und Abtreibungspraxis selbst abschaffen würden. Das Kindergebären gleicht hier nicht nur einem politischen Akt, vielmehr wird es zu einer völkischen Selbstbehauptungstat hochstilisiert. Wie die Abtreibung lehnen die Nationalistinnen auch chemische Verhütungsmittel ab und begründen dies teils mit antisemitischen Verschwörungstheorien. Zum Beispiel behauptet die GDF, die Pille sei in den 1960er-Jahren von der „One-world-Mafia“⁷³ als „Abtreibungswaffe“ aus den USA nach Europa importiert worden, um die Völker zu „versklaven“ und ihr „gesundes Wachstum“ zu verhindern.⁷⁴ Mit diesen kruden Thesen beteiligten sich die Nationaldemokratinnen auf ihre Art und Weise an der Ausarbeitung des lebensschützerischen Grundsatzes, der schon seit den 1970er-Jahren fester Bestandteil der NPD-Familienprogrammatisierung gewesen war. Zum Lebensschutz zählen die Nationaldemokratinnen außerdem den Kinderschutz, doch interpretieren sie diesen einseitig als Schutz der Kinder vor dem Staat. Tatsächlich bezichtigen sie ihn, die Kinder in Schule und Kirche „früh zu sexualisieren“, ihnen Homosexualität, Inzest und Triebhaftigkeit nahezubringen, sie gar willentlich der Pädophilie auszuliefern.⁷⁵ 2010 geißelte Stella Hähnel das staatliche Versagen auf diesem Gebiet und forderte ein härteres Durchgreifen gegen Kinderschänder – für Wiederholungstäter erwog sie die Todesstrafe.⁷⁶

Die eigentliche Motivation hinter dem Lebens- und Kinderschutz ist allerdings weniger moralisch als demographisch. Die Fortpflanzung und Bewahrung des Lebens erscheinen der NPD schlicht als bevölkerungspolitische Notwendigkeit. Als besonders alarmierend, so schreibt es die Partei immer wieder, empfinde sie den Geburtenrückgang der „Biodeutschen“ bei gleichzeitigem Anstieg der Geburten-

⁷² Sigrid Schüssler, Alice Schwarzer und die Frauen von vorgestern!, 20. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 6. 2013).

⁷³ „One-world-mafia“ ist eine antisemitische Chiffre, die vorgibt, eine jüdische Weltverschwörung aufzudecken.

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ GDF, „Gender-Mainstreaming“ – Gleichberechtigung oder Gehirnwäsche, o. D., www.g-d-f.de (25. 3. 2010); RNF, Familien schützen! Gegen die Frühsexualisierung an Kindergärten und Schulen!, 23. 6. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (3. 9. 2015).

⁷⁶ RNF, Unsere Kinder sind unsere Zukunft!, 14. 2. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (26. 2. 2010); Stella Hähnel, Keine Gnade für Kinderschänder, 8. 8. 2009, www.youtube.com/watch?v=SfgO8Vkm8QE (10. 2. 2010). Auch im extrem rechten Milieu kommt es immer wieder zu strafrechtlichen Verurteilungen wegen Kinderpornographie oder pädophiler Missbrauchsfälle.

rate in Familien mit „Migrationshintergrund“, was die kulturelle „Überfremdung“ im Lande beschleunige.⁷⁷ Um den „Volkstod“ abzuwenden und die „familienpolitische Kehrtwende“ einzuläuten, empfiehlt sie die Umsetzung eines nationalistisch-familialistischen Programms, das sozialpolitische Maßnahmen mit einem rassistischen Impetus verknüpft: Die „Masseneinwanderung“ solle zurückgeschraubt, „Ausländer“ abgeschoben und „biodeutsche“ Familien gezielt gefördert werden. Neben dem Kindergeld solle jedes neugeborene Kind ein „Begrüßungsgeld“ erhalten; ein „Familiensplitting“ solle kinderreiche Familien steuerlich entlasten, während „Kinderlose“ dank eines „Familienleistungsausgleichs“ verstärkt zur Kasse gebeten würden; ein Rentenbonus, gestaffelt nach Anzahl der Kinder, käme noch obendrauf.⁷⁸ Ferner sieht die NPD vor, jungen Ehepaaren zur Familiengründung ein „Familiendarlehen“ zu gewähren, das „abgekindert“ werden könne und, wie schon bei seinen historischen Vorbildern,⁷⁹ beim dritten Kind ganz getilgt sei. Finanzieren möchte die Partei das Programm dank des Austritts aus der Europäischen Union und der NATO, der Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, der Aussetzung von Entwicklungshilfeprogrammen und einer stärkeren Besteuerung von börsennotierten Unternehmen. Mit dem Rückzug aus seinen supranationalen Verantwortlichkeiten und Bindungen würden Mittel frei, die den „deutschen“ Familien zugutekommen könnten.⁸⁰ Freilich zeigt dieser Vorstoß, wie die NPD ihren familialistischen Protektionismus mit isolationistisch-antikapitalistischen und souveränistischen Prinzipien verbindet.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage der weiblichen Erwerbstätigkeit. Auch wenn die Partei die Arbeit von Frauen nicht direkt ablehnt, so befindet sie, dass diese bei ihrer Berufswahl zumindest die „natürlichen“ Geschlechterrollen und -fähigkeiten berücksichtigen sollten. Für Frauen eigneten sich im Speziellen die traditionellen Care-Berufe, etwa in der Sozialarbeit oder im Bildungs- und Gesundheitswesen. In jungen Jahren sollten sie folglich, zu Vorbereitungszwecken, ein „soziales Pflichtjahr“ ableisten, während die jungen Männer ihren Militärdienst machten.⁸¹ Edda Schmidt argumentierte diesbezüglich, Frauen sollten gänzlich auf die Erwerbsarbeit verzichten, diese verstärke nämlich lediglich den Konkurrenzdruck zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt. Wiederum würde die Rückkehr der Frauen in den häuslichen Bereich nicht nur der professionellen „Diskriminierung“ von Männern ein Ende setzen, noch dazu könne sie die (männliche) Arbeitslosigkeit drastisch reduzieren.⁸² Auch das Parteiprogramm von 2010 hebt die ökonomische Dimension der Frauenarbeit hervor und erklärt, „Mütter sollten nicht aus finanziellen Gründen gezwungen sein, außerhäuslich zu

⁷⁷ NPD, Familienpolitische Kehrtwende, S. 7 f.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Bei dieser Maßnahme beruft sich die NPD auf das nationalsozialistische „Ehstandsdarlehen“ und den „Ehekredit“ der DDR; ebenda, S. 23.

⁸⁰ Ebenda, S. 29.

⁸¹ Ebenda, S. 31.

⁸² Edda Schmidt, Aus der russischen Zeitung „Argumenty i fakty“, 13. 4. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (1. 5. 2013).

arbeiten“. Das weibliche Arbeitsbedürfnis wird hiermit strikt als eine dem Kapitalismus inhärente sozioökonomische Notwendigkeit ausgelegt.⁸³ Daraus folgt die NPD, der Staat müsse den Müttern finanziell die Möglichkeit bieten, drei Jahre nach der Geburt eines Kindes zu Hause zu bleiben; denn der „Mutterberuf“, namentlich „die Leistung der Hausfrau und Mutter“, sei „mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen“.⁸⁴ Konkret ließe sich so die weibliche „Wahlfreiheit“ erweitern, sprich die „Freiheit“, sich für die Familie und gegen den Beruf zu entscheiden. Nach diesem Prinzip bestünde der Konkurrenzkampf nun nicht mehr zwischen Männern und Frauen, sondern unter Frauen, und zwar zwischen den berufstätigen Müttern und den Hausfrauen. Insofern ist die NPD-Frauenpolitik beileibe nicht darauf bedacht, auf eine bessere soziale Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie hinzuarbeiten und bspw. strukturelle Diskriminierungen von Frauen in der Arbeitswelt zu beheben, sondern Lebensentwürfe dank der „Wahlfreiheit“ zu individualisieren, zu entpolitisieren und Gleichberechtigungsforderungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt politisch zu entkräften.

Als ultimative Allzwecklösung bewirbt die Partei das „Müttergehalt“,⁸⁵ das den Müttern zuzüglich zum Kindergeld drei Jahre lang ausgezahlt werden solle. Väter brauche man gar nicht erst in die Kinderpflege einzubeziehen, da sie es angeblich ohnehin nicht wollten.⁸⁶ Diese den Müttern zugedachte soziale Maßnahme könne helfen, die Geburtenrate anzukurbeln, die Mütter von der Doppel- und Mehrfachbelastung zu „befreien“, darüber hinaus das Problem der Kinderarmut zu lösen,⁸⁷ und prekären Familien, insbesondere „Hartz-IV-Müttern“, „die soziale Sicherheit geben, die sie brauchen, um die ‚finanzielle Herausforderung Kinder‘ einzugehen“.⁸⁸ In Anlehnung an sein historisches Modell sieht der „nationale Sozialismus“, laut NPD, es nämlich als seine oberste Pflicht, die ärmeren „Deutschen“, Männer wie Frauen und ihre Familien, gegen die „Weltdiktatur des Großkapitals“ zu schützen, die „Völker kulturell gleichschaltet, politisch entmündigt, wirtschaftlich ausbeutet und ethnisch zerstört“.⁸⁹ Nur die „Volksgemeinschaft“, als organisch gewachsenes sozioökonomisches Gebilde, sei „gerecht“, weil sie dem Gemeinwohl diene, den Klassenkampf überwinde und den Unterprivilegierten voluntaristisch unter die Arme greife.⁹⁰ Wie die sozialen Verhält-

⁸³ NPD, Parteiprogramm, S. 7.

⁸⁴ NPD, Grundsatzprogramm.

⁸⁵ NPD, Familienpolitische Kehrtwende, S. 21.

⁸⁶ „Auf die zwanghafte Beteiligung von Vätern an der Babypflege wird bewusst verzichtet. Selbst wenn fünf Prozent der Väter hieran Interesse haben, so halten wir eine Minderheitenpolitik für nicht angebracht.“ Vgl. ebenda, S. 21.

⁸⁷ Ricarda Riefling, Die Familienpolitik in diesem Staat ist eine Schande!, 30. 12. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (14. 5. 2016).

⁸⁸ RNF, Sozialräuber abstrafen!, 22. 6. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (22. 6. 2010).

⁸⁹ NPD, Parteiprogramm, S. 5.

⁹⁰ „Volksgemeinschaft“, in: NPD, Politisches Lexikon. Die Kapitalismus- und Globalisierungskritik greift, historisch bedingt, besonders in den ostdeutschen Bundesländern, wo Antikapitalismus und Sozialismus weiterhin sehr lebendig sind. Besonders ausgeprägt ist die Kritik in den Programmen von 2002 und 2010. Zum ökonomischen Profil der NPD vgl. Greven,

nisse wird auch die Sozialpolitik, etwa die Definition von „Sozialstaat“, „nationaler Solidarität“ oder „sozialer Gerechtigkeit“, mit einer völkischen Deutung versehen und ihr untergeordnet. Verbindlich ist diese auch für den RNF und seine Familienpolitik, wie es etwa die häufig propagierte Losung „Frau, sozial, national“⁹¹ verdeutlicht. Von diesem sozialrevolutionären Standpunkt aus wettern die Organisationsfrauen seit 2006 kontinuierlich gegen die Politik der „familienfeindlichen“ Bundesfamilienministerinnen sowie gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel, in ihren Augen die „kinderlose Anti-Mutter“ schlechthin.⁹²

In dieser Hinsicht erfüllt die „deutsche“ Hausfrau und Mutter dem RNF zufolge noch einen letzten, staatsfeindlichen Zweck: Fern jeglichen staatlichen Einflusses Sorge sie nämlich im Rahmen einer „artgerechten“ Erziehung für die Vermittlung „deutscher“, d. h. nazistischer Werte und Tugenden.⁹³ „Nazis, weiter so, macht Kinder ! [...] Nazikinder spielen im Freien, dürfen sich schmutzig machen und essen die Pflaumen vom Baum[,] ohne vorher den Wurm rauszumachen. Sie wachsen gesund und BRD-resistent auf.“⁹⁴ So lautet sein unzweideutiger Appell an die Mütter, ihre Kinder nicht in öffentlichen Einrichtungen betreuen zu lassen, da man sie dort manipulierte, „zwangsummerziehe“ und zu charakterlosen Geschöpfen mache.⁹⁵ Der einzige Ausweg seien, so schreibt er es mit einer rassistischen Pointe, „die Verweigerung der derzeit herrschenden kinderfeindlichen Politik und die Solidarisierung mit Gleichdenkenden in Form von winzigen Parallelgesellschaften – die Ausländer machen es uns vor“.⁹⁶ Der rechtsextreme Kommunitarismus als antirepublikanische Verweigerungspraxis.

Alles in allem sind die Lösungsvorschläge, die der „nationale Sozialismus“ zur Bewältigung der „demographischen und sozialen Krise“ in Deutschland bereithält, als Ausdruck einer reaktionären Gedankenwelt zu verstehen, in der die völkische Ordnung Wesen, Rolle und „Schicksal“ der Geschlechter nach biologisch-ethnischen Kriterien bestimmt. Ausgehend von einer enggefassten Definition von Weiblichkeit zielt der nationalistische Maternalismus der NPD auf die Restauration einer klassisch patriarchalischen Geschlechterordnung ab, welche die Frau dem privat-häuslichen Bereich zuordnet, ihren Dienst an „Volk“ und „Gemeinschaft“ aber zugleich auch ideologisch aufwertet. Somit erscheint die Familie mehr als je zuvor als Dreh- und Angelpunkt der NPD-Sozialpolitik. Im völkisch-nationalisti-

Rechtsextreme Globalisierungskritik; Grumke, Sozialismus ist braun; und Botsch/Kopke, Vorstellungen der NPD.

⁹¹ RNF, Deutschland ist auch Frauensache, sozial geht nur national, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (10. 2. 2010).

⁹² „Diese falschen karrierebesessenen Politmuttis kann eine stolze Frau und Mutter nicht wählen. Macht Euch frei! Wählt die Alternative: National!“ In: Sigrid Schüssler, Kanzlerin will Mütter nicht belächeln!, 6. 2. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 7. 2013).

⁹³ RNF, Wieviel Krippe will der Staat, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010); Jasmin Apfel, „Wieviel Krippe braucht der Staat“, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010).

⁹⁴ RNF, Wie gefährlich ist ‚Nazibrut‘?, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010).

⁹⁵ Jasmin Apfel, Wieviel Krippe braucht der Staat?, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010).

⁹⁶ RNF, Wieviel Krippe will der Staat?, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (5. 2. 2010).

schen Verständnis hängen das Frauen- und Kindeswohl mit dem „Volkswohl“ auf Gedeih und Verderb zusammen. Ob Frauen Kinder gebären oder abtreiben, zu Hause bleiben, um den Männern auf dem Arbeitsmarkt den Vortritt zu lassen, oder ihre Kinder mit ultra-nationalistischen Dogmen aufziehen: Davon hänge die Zukunft der „Volksgemeinschaft“ ab. Auch weil es die Geschlechtersegregation in der sozialen Ordnung legitimiert, ist das frauen- und familienpolitische Konzept der NPD grundsätzlich antifeministisch, nicht-egalitär und antidemokratisch.

3. Weiblicher Antidemokratismus: Rassismus, Gewalt und Staatsfeindschaft

3.1. Der weibliche „Überlebenskampf“ gegen Einwanderer, Flüchtlinge und den Islam

Seit den 1980er-Jahren benutzt die NPD das neurechte Prinzip des Ethnopluralismus als Deckmantel für Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ausgehend von der biologischen Differenz postuliert es die „Gleichwertigkeit“ aller Völker, deren „Vielfalt“, sprich deren Eigenart, bspw. dadurch geschützt werden könne,⁹⁷ dass Mütter ihren Kindern von Generation zu Generation kulturimmanente Werte, Traditionen und Bräuche weitergäben: ein Spezialgebiet der GDF, die einen Großteil ihrer Propaganda auf die Popularisierung der „deutschen“ Mythologie, Geschichte und Folklore konzentriert. Rassistisch ist dieses Prinzip allerdings deswegen, weil der Ethnopluralismus eine ethnozentristische Volksdefinition voraussetzt, wonach jedes „Volk“ ethnisch und kulturell homogen sei und zu bleiben habe, wie es die NPD-Formel „Deutschland den Deutschen“⁹⁸ eindrücklich darlegt. Die multikulturelle Gesellschaft, so wie sie sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, erst in Westdeutschland, dann bundesweit entwickelt hat, wird dementsprechend als fundamentale Bedrohung wahrgenommen. Gesteuert „von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften“, seien „Millionen von Ausländern nach Deutschland eingeschleust“ worden, heißt es im Parteiprogramm von 2010, und durch „massenhafte Einbürgerungen“ das „Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt“ worden. Die Integration der „Ausländer“ ginge an die biologische Substanz des Volks und sei „gleichbedeutend mit Völkermord“, so die zynische Schlussfolgerung der NPD.⁹⁹

Ganz in diesem Sinne übernimmt auch der RNF den Anti-Einwanderungsdiskurs der Mutterpartei. „Ausländer“, als komplexitätsreduzierender Kampfbegriff für Nicht-„Biodeutsche“ – dies betrifft in seinem Verständnis Deutsche mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge, AsylbewerberInnen usw. –, werden schlicht kri-

⁹⁷ NPD, Grundsatzprogramm.

⁹⁸ NPD, Parteiprogramm, S. 12.

⁹⁹ NPD, Parteiprogramm, S. 12 f.

minalisiert und soziale Konflikte rassistisch überformt. Im Zuge der Einwanderung seien „Ghettos“ entstanden und mit ihnen die „Unsicherheit“, die in vielen deutschen Großstädten herrsche und gegen die mit einer rabiatischen Sicherheitspolitik vorzugehen sei.¹⁰⁰ Doch wirke sich diese „Unsicherheit“ insbesondere auch kulturell aus, weil mit den „Ausländern“ auch fremde, als verbrecherisch, gar monströs dargestellte Bräuche und Sitten nach Deutschland gekommen seien. Hierzu gibt der RNF ein durchaus anschauliches Beispiel:

„Der Bundesrat befasste sich jüngst mit verschiedenen Gesetzesentwürfen. [...] Das erste Gesetz behandelte die Bestrafung vom Erzwingen einer Ehe, auch im Ausland, wenn die Betroffene dauerhaft in Deutschland wohnt. Das zweite befasste sich mit der Bestrafung von Genitalverstümmelung bei Frauen. Ein zumeist afrikanisches ‚Problem‘. Dort gehört dies seit langem zum Teil der Lebenskultur, was uns Europäer natürlich abschreckt und nach unserem Empfinden eine grausame Körperverletzung und Entwürdigung der Frau darstellt. Wobei das Beschneiden von Jungen gegen ihren Willen nicht bestraft wird. Wir Deutschen würden so eine Straftat wohl gar nicht kennen und bräuchten ergo auch kein Gesetz dafür – das ja auch Geld kostet. Das dritte befasste sich mit dem Thema Schächten in Deutschland und fordert bestimmte Rahmenbedingungen für den Fall, dass aus religiösen Gründen die brutale Schlachtung eines Tieres bei Bewusstsein erfolgt. Dass dies überhaupt in Deutschland erlaubt ist bzw. vom Bundesverfassungsgericht für rechtmäßig befunden wurde, ist angesichts unserer grundsätzlich tierfreundlichen Haltung, die sich sogar im Grundgesetz wiederfindet, und unserem Wunsch nach Leben im Einklang mit der Natur nicht nachvollziehbar. [...] Der RNF fordert, wie auch die NPD, ein Ausländerderrückführungsgesetz, welches uns die vorgenannten Gesetze komplett ersparen würde und einiges an finanziellen Ausgaben dazu.“¹⁰¹

In diesem Zitat kommt die von der NPD betriebene „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ exemplarisch zum Ausdruck. In nur wenigen Zeilen gelingt es der Verfasserin, gleich mehrere kulturelle oder religiöse Minderheiten zu stigmatisieren, allen voran die türkische, afrikanische, muslimische und jüdische Minderheit, die mit Verweis auf deren jeweilige, vermeintlich frauenfeindliche, unmenschliche oder tierquälerische Praktiken – aufgezählt werden die Zwangsehe, die Genitalverstümmelung, die Beschneidung und das Schächten – in einen Topf geworfen werden. Im Gegensatz zu diesen „bestialischen“, „fremden“ Sitten erschienen die deutschen entsprechend als absolut gewaltfrei und frauenfreundlich, da man „deutsche“ Frauen weder zur Heirat nötige noch verstümmele. Der so affirmierte Antisexismus des RNF ist demnach rassistisch, weil er den Sexismus undifferenziert als Attribut fremder Kulturen darstellt und sexistische Gewalt sowie deren Täter zwangsläufig ethnisiert, vor allem wenn es um Gewalt gegen „deutsche“ Frauen geht, die von „anatolischen Analphabeten, [...] moslemischen Hartz IV-Empfänger[n] und [...] enthemmten jugendlichen Schläger- und Verbrecherbanden“ vermeintlich misshandelt, vergewaltigt und getötet würden, wie vom RNF behauptet wird.¹⁰² Die rassistischen Pauschalisierungen dienen einem Sünden-

¹⁰⁰ „Die Gesetze [...] [beschäftigen sich mit Straftaten], welche wir Deutschen nie in unserem Land in der Intensität gehabt hätten, wenn die jeweiligen Staatslenker nicht aus unserem Deutschland ein Einwanderungsland gemacht hätten“, behauptet der RNF. Vgl. RNF, Gesetze (nur) für Ausländer in Deutschland, 18. 2. 2010, www.ring-nationaler-frauen.de (21. 2. 2010).

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² RNF, Irrenhaus Deutschland: Fast straflos vergewaltigen und töten?, 14. 3. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (25. 11. 2013).

bock-Narrativ, das den „fremden Mann“ anklagt und den Ursprung von Gewalt, soziale Ausschlussmechanismen und Diskriminierungserfahrungen inbegriffen, unhinterfragt außen vor lässt. Ausgeblendet werden noch dazu der „weiße Mann“ und seine Gewaltpraxis, etwa die sich im „privaten“ Rahmen vollziehende häusliche Gewalt, von der jedes Jahr deutschlandweit unzählige Frauen betroffen sind.

Verglichen mit dem offensichtlichen Rassismus bleibt der Antisemitismus in der weiblichen NPD-Propaganda jedoch eher diskret und unterschwellig. Nur vereinzelt verwenden die Parteifrauen entsprechende antisemitische Chiffren, etwa wenn sie, wie oben erwähnt, das rituelle Schlachten von Tieren anprangern, sie ferner durch Bedeutungsentlehnungen wie „Babycast“ oder „Bombenholocaust“ den Holocaust-Begriff seines Sinnes entleeren und den Genozid an den Jüdinnen und Juden relativieren oder sie von der „internationalen Verschwörung“ schwadronieren, die von der amerikanischen „Ostküste“ aus gelenkt würde, um die deutsche Wirtschaft in die Knie zu zwingen, bzw. wenn sie die vermeintliche Übermacht monieren, die von „Washington, Brüssel und dem Zentralrat der Juden“ ausgeht.¹⁰³ Dieses diffizile diskursive Feld betreten sie tatsächlich relativ selten.

Demgegenüber werden die MuslimInnen seit Beginn der 2000er-Jahre von den NationaldemokratInnen ganz explizit als Feindgruppe benannt und bekämpft. Ihnen wird vorgehalten, Deutschland „überfremden“ und „islamisieren“ zu wollen, wovon schon die vermeintlich überall aus der Erde sprießenden „fremdreligiösen Bauten“, sprich die Moscheen, zeugten.¹⁰⁴ Dass der Islam „minderwertig“ sei, zeige sich laut RNF insbesondere darin, dass die als genuin frauenverachtend und gewaltaffin beschriebene Religion und deren Regelwerk, die Scharia, die Muslimin unterdrückten:

„Genauso wird aber auch der islamische Mann in diese frauenverachtende, patriarchalische Rolle gedrängt, in der er der Herr über die Frau sein muss. Von einem gesunden Gefühl der Partnerschaft, wie das unserem Ideal entspricht, ist das ebenso weit entfernt. Der Mann ist somit genauso unfrei und von sich selbst entfremdet wie die Frau. [...] Der Islam aber ist zum Hätschelkind unserer Republik vorgerückt, wie oft mussten wir uns anhören, der Islam gehöre zu Deutschland. Nein, tut er nicht, es ist hier ein reines Instrument zur Unterdrückung von Völkern, unserer BRD-Meinungsdiktatur also völlig willkommen [...]. [Die] Befreiung der Frau aus den erniedrigenden, menschenunwürdigen Dogmen einer gesellschaftsdominierenden Religion, wie dem Islam, das ist die große Aufgabe und Pflicht der moslemischen Frauen selbst. Es ist ihr Beitrag zur menschlichen Weiterentwicklung und letztenendes [*sic!*] zum Frieden in der Welt.“¹⁰⁵

Indirekte Erwähnung findet hier Christian Wulff, der am 3. Oktober 2010 die Formel geprägt hatte, der Islam gehöre zu Deutschland. Damit hatte sich der damalige Bundespräsident in eine öffentliche Debatte eingeschaltet, die der (kürzlich aus der Partei ausgeschlossene) SPD-Politiker Thilo Sarrazin mit einem polemisch

¹⁰³ Amerikanische Produkte boykottieren – Wenn dann richtig, in: GDF, Unsere Zukunft, März 2004, S. 9; RNF, Frauen, die sich trauen, Manuela Kokott, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (19. 2. 2010).

¹⁰⁴ NPD, Parteiprogramm, S. 13.

¹⁰⁵ Sigrid Schüssler, „Oben-ohne“ vor Moscheen, 5. 4. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (28. 6. 2013).

antimuslimischen Buch über den Stellenwert des Islams in der deutschen Gesellschaft angestoßen hatte. Sarrazins kruder Theorie beipflichtend, dass sich Deutschland durch seine Einwanderungs- und Integrationspolitik selbst „abschaffe“,¹⁰⁶ unterstellt die Nationaldemokratin Sigrid Schüssler im obigen Zitat der „BRD-Meinungsdiktatur“ eine bewusste Komplizenschaft bei der muslimischen „Kolonisierung“ Deutschlands. Auch geht es ihr ganz bestimmt nicht um die „Befreiung“ der „unterdrückten Muslimin“ – das Stereotyp dient einzig und allein dazu, deren kulturelle Inferiorität im Vergleich zur „emanzipierten“, „selbstbewussten“ und „modernen“ „deutschen“ Frau zu behaupten.¹⁰⁷ Misogyn ist der Rassismus der Nationaldemokratinnen also allemal. Dieses Paradox erklären die Soziologinnen Birgit Rommelspacher und Christine Holzkamp anhand der plausiblen These, dass Rechtsextremistinnen ihre eigenen Ausgrenzungs- und Sexismuserfahrungen auf Frauen anderer Kulturkreise projizieren, zugleich aber ein Überlegenheitsgefühl daraus ableiten, dass sie jene kulturell und „rassisch“ dominieren.¹⁰⁸

Im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ hat sich der rassistische Diskurs der Nationaldemokratinnen verlagert. Er konzentrierte sich nun voll und ganz auf die Feindgruppe der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen. Angesichts der gesellschaftlichen Spannungen und Mobilisierungserfolge von PEGIDA und AfD, die 2015 im Hinblick auf die Flucht Hunderttausender syrischer Männer und Frauen nach Deutschland und Europa hervorgerufen wurden, hofften der RNF wie auch die Mutterpartei zu diesem Zeitpunkt, vom Rechtsruck im öffentlichen und politischen Diskurs zu profitieren¹⁰⁹ und die lautstark protestierenden „WutbürgerInnen“ für sich gewinnen zu können. Immer wieder verunglimpften die NPD-Frauen die Schutzsuchenden als Feiglinge und „Fahnenflüchtige“, deren Ziel es nun sei, so erläuterte es bspw. Ricarda Riefing, in Deutschland „ihr Unwesen“ zu treiben und wehrlose Frauen zu vergewaltigen.¹¹⁰ Bestätigt fühlte sie sich besonders durch die Vorfälle in der Silvesternacht 2015/16 in Köln. Dort war es am Hauptbahnhof zu Hunderten sexuellen Übergriffen von Männern ausländischer Herkunft sowie Asylbewerbern aus dem Nahen Osten und dem Maghreb auf Frauen gekommen. Riefing nutzte die daraufhin einsetzende öffentliche Diskussion über die Integrationsfähigkeit von jungen Männern aus dem arabischen Kulturkreis zur Skandalisierung der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik und zur Kriminalisie-

¹⁰⁶ Sarrazin, Deutschland schafft sich ab.

¹⁰⁷ SozialwissenschaftlerInnen bezeichnen dieses Narrativ, welches die eigene westliche „Aufgeklärtheit“ in Sachen Frauenrechten, Emanzipation und Geschlechterverhältnisse der „Rückständigkeit“ anderer, als archaisch und frauenfeindlich geschilderter Kulturen gegenüberstellt, als Femonationalismus. Vgl. Farris, Femonationalismus.

¹⁰⁸ Zur „Dominanzkultur“-These vgl. Holzkamp/Rommelspacher, Wie sind Frauen und Mädchen verstrickt?; Rommelspacher, Warum Frauen rassistisch sind?

¹⁰⁹ Jäger/Wamper (Hrsg.), Willkommenskultur.

¹¹⁰ Ricarda Riefing, Immer mehr Gewaltverbrechen an Frauen durch Asylanten, 7. 6. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 11. 2015).

rung der „Rapefugees“,¹¹¹ deren sexuelle Aggressivität den „deutschen“ Frauen zum Verhängnis werden könne, wie sie zu wissen meinte:

„Am Silvesterabend kam es zu einem unglaublichen, aber vorhersehbaren Vorfall in Köln. Mehrere hundert Ausländer (laut Zeugen wohl aus dem arabischen oder nordafrikanischen Raum) belästigten viele Frauen sexuell und beraubten sie. [...] Die Polizei versuchte die Situation in den Griff zu bekommen und stieß auf einen gewaltbereiten und tobenden Mob von knapp 1000 Ausländern. Ja, Sie lesen richtig: 1000 Ausländer. Damit ist nicht mehr zu spaßen und es zeigt uns, welche Dimension die unkontrollierte Masseneinwanderung durch die herrschenden brd-Politiker angenommen hat. [...] Der Großteil der hier einfallenden Invasoren ist männlich und im zeugungsfähigen Alter. Sie haben kein Respekt [*sic!*] vor uns deutschen Frauen und nehmen ihrem Triebverhalten nach[,] was sie wollen. [...] Es darf nicht sein, dass wir in unserem eigenen Land zu Freiwild werden und die Politik dafür noch Verständnis erwartet. Wir dürfen es nicht mehr hinnehmen.“¹¹²

Das Narrativ einer für „deutsche“ Frauen gefährlichen Triebhaftigkeit „rückständiger“ Männer aus dem „Orient“¹¹³ beherrschte daraufhin monatelang die Propaganda der NPD-Frauen.¹¹⁴ Im Kontext der generell ab Ende 2017 in der westlichen Welt stark rezipierten „#MeToo“-Debatte über Sexismus und sexualisierte Gewalt¹¹⁵ nutzten auch andere Rechtsextremistinnen, etwa deutsche und österreichische Aktivistinnen aus der Identitären Bewegung (IB), sexuelle Gewalt als effektives Agitationsthema. „Köln“ und weitere Vorfälle dienten ihnen dabei ebenso als Steilvorlage, um in den sozialen Netzwerken eine rechte, gezielt gegen „fremde“ Triebtäter und den in seiner Schutzfunktion „versagenden“ Staat gerichtete „#MeToo“-Bewegung ins Leben zu rufen. Anhand digitaler Kampagnen wie „#120db“ riefen sie unter dem Namen „Töchter Europas“ zur pseudofeministischen Selbstverteidigung „weißer“ Frauen gegen vermeintlich gewalttätige MigrantInnen auf.¹¹⁶ Ähnlich lautete auch der Selbstbehauptungsdiskurs der RNF-Frauen. Mit der Ver-

¹¹¹ Es handelt sich hier um ein vornehmlich von PEGIDA geprägtes Wortspiel, das die englischen Begriffe „Rape“ (Vergewaltigung) und „refugee“ (Flüchtling) miteinander verbindet.

¹¹² Ricarda Riefling, Sexuelle Übergriffe und Raub durch 1 000 Ausländer in Köln, 4. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016).

¹¹³ Um diesen Diskurs zu beschreiben, prägte Gabriele Dietze den Begriff des „sexuellen Exzeptionalismus“, welcher der vermeintlichen „sexuellen Rückständigkeit“ von MigrantInnen eine „überlegene okzidentale sexuelle Moderne“ gegenüberstellt. Vgl. Dietze, Sexueller Exzeptionalismus.

¹¹⁴ Ricarda Riefling, „Ich bin Syrer, Ihr müsst mich freundlich behandeln“ – Was in Köln geschah, 7. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016); Edda Schmidt, „Flüchtling“ sollte man sein ..., 13. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016); RNF, Badespaß?, 16. 1. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (5. 4. 2016). Oft wird auch argumentiert, die AsylbewerberInnen seien finanziell bessergestellt als die deutschen Familien; vgl. bspw. RNF, Deutsche Mütter sind in der BRD weniger wert als Asylanten!, o. D., www.ring-nationaler-frauen.de (25. 11. 2009).

¹¹⁵ Kantor/Twohey, #Me Too.

¹¹⁶ Benannt wurde diese Kampagne nach der Lautstärke eines Taschenalarms. Vgl. Drüeke/Klaus, Die Instrumentalisierung von Frauen*rechten. Zu den Aktivistinnen und dem Selbstverständnis der Identitären vgl. Haas, Anständige Mädchen; zum „neurechten“ Feminismus vgl. Lang, Feminismus von rechts?.

breitung rassistischer Parolen wie „Finger weg, Nafri“,¹¹⁷ „Unsere Frauen sind kein Freiwild“ und „Asylterroristen abschieben“ benutzte er die Opfer sexualisierter Gewalt und deren Würde als Vorwand, um anhand von Pauschalisierungen Nicht-Deutsche auf grobe Art und Weise zu diffamieren und eine harte Abschiebepolitik zu rechtfertigen.

Als der politische Rassismus in den 1980er-Jahren definitiv Eingang in die NPD-Programmatik fand, ging es der Partei vorrangig darum, die multikulturelle Gesellschaft von einem identitären, sozial- und sicherheitspolitischen Standpunkt aus anzuprangern, EinwanderInnen und AsylbewerberInnen als „Sozialschmarotzer“ oder im Gegenteil als billige Arbeitskräfte zu brandmarken, die den „Deutschen“ die Arbeit wegnähmen. So sollten in der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft Ängste vor ethnokultureller Entfremdung und sozialer Deklassierung geschürt werden. In den 2000er- und 2010er-Jahren hingegen ist es, im Zuge der völkisch-nationalistischen Neudefinition der NPD-Ideologie, zu einer Schwerpunktverschiebung des rassistischen Diskurses gekommen: Meistens wird er nun mit Geschlechternarrativen unterfüttert. Hier liegt der ideologische Hauptbeitrag der Nationaldemokratinnen. In den letzten Jahrzehnten waren sie es, die in ihrer Propaganda die diskursive Verflechtung von *gender* und *race*,¹¹⁸ im Sinne einer Vergeschlechtlichung des Rassismus, systematisiert haben. Indem sie den Sexismus oder die sexualisierte Gewalt aber ausschließlich anderen, nicht-europäischen Kulturkreisen zuschreiben, ignorieren sie willentlich die individuellen wie strukturellen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen, die Frauen in Deutschland täglich und unabhängig von ihrem ethnischen, kulturellen oder sozialen Hintergrund machen. Auch wirken diese Zuordnungen exkulpatorisch, weil sie vergessen lassen, mit welcher brachialen Gewalt – sei sie diskursiv oder körperlich – die extreme Rechte seit Jahrzehnten gegen ebenjene als „ausländisch“ und „fremd“ etikettierten und abgewerteten Menschen vorgeht.

3.2. Der Hass auf die Republik und das „System“

Nach jahrelangen Ermittlungen zum „Wesen“ der NPD kam das Bundesverfassungsgericht am 17. Januar 2017 zu dem Schluss, die NPD vertrete „ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept“:

„Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch

¹¹⁷ „Nafri“ ist eine von der Polizei in Nordrhein-Westfalen intern benutzte Abkürzung für „Nordafrikaner“ oder „Nordafrikanischer Intensivtäter“.

¹¹⁸ Dass „Rasse“ und „Geschlecht“ bzw. Rassismus und Sexismus nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können, zeigte Ina Kerner in ihrer intersektional angelegten Studie: Kerner, Differenzen und Macht.

planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin.“¹¹⁹

Gewiss ist die „neue“ NPD verfassungswidrig. Dies steht hinsichtlich ihrer völkisch-nationalistischen Ausrichtung außer Frage. Sie steht in offener „Fundamentallopposition“ zum liberal-demokratischen und parlamentarischen System der Bundesrepublik und negiert ihre Grundwerte: die Würde des Menschen, die unveräußerlichen Grundrechte und den Pluralismus. Ihr Demokratieverständnis geht von einer ethnisch-nationalistischen Definition von „Volksherrschaft“ aus, in der *ethnos* und *demos* einander bedingen und der Nationalstaat völkisch determiniert wird.¹²⁰ Auch macht die NPD seit langem keinen Hehl mehr aus ihrer Staatsfeindschaft. Schon 2004, als der Partei erstmals der Einzug in den Sächsischen Landtag gelungen war, verkündete Udo Voigt, es sei das Ziel, „die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat“.¹²¹ Schon die systematische Benutzung des „BRD“-Kürzels zu Diffamierungszwecken weist auf die grundsätzliche Ablehnung des „Systems“ hin, welche von NPD-Frauen ebenso propagiert wird. 2007 erklärte Ricarda Riefing, dass in einer Demokratie „nur gestritten“ werde und sie deswegen „eine Einheitspartei“, „eine Linie“, sprich eine Diktatur, bevorzuge.¹²² Gleichermäßen geißelte Sigrid Schüssler das bundesrepublikanische „Dreckssystem“ und rechtfertigte ihren Eintritt in die NPD mit den Worten: „Für mich war damals der Eintritt in die NPD [...] der Austritt aus der BRD. Das war mein Bekenntnis zu Deutschland.“¹²³ Im Frühling 2020 nahm der RNF schließlich den „Covid-19“-pandemiebedingten „Shutdown“ zum Anlass, um seine „Rebellion“ gegen den Staat und seine vermeintliche „Corona-Diktatur“ zu inszenieren und einen globalisierungs- bzw. staatsfeindlichen „Systemexit“ zu fordern.¹²⁴

Obwohl die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu den politischen Hauptanliegen der Nationaldemokratinnen zählt, bleibt unklar, welche Staatsform ihnen zufolge letztendlich die Republik ersetzen solle. Beim RNF-Bundeskongress 2008 versuchte etwa Gitta Schüssler ziemlich erfolglos, diese theoretische Leerstelle zu füllen:

„Ein beliebter Spruch ist ja immer ‚sozial geht nur national‘, oder, besonders bei der Jugend, ‚Nationaler Sozialismus – jetzt – jetzt – jetzt‘. Klingt nett, aber wenn man nachfragt, was denn genau dieser nationale Sozialismus sein soll, kommt entweder ein Verweis aufs Dritte Reich oder eine Wunschliste, was man alles nach der Machtübernahme tun würde. Eine offizielle Definition dafür gibt es also nicht, auch nicht aus Sicht der Mutterpartei. [...] Das Wort national dürfte klar sein, innerhalb eines Volkes, Volksgemeinschaft, die eigenen Leute sozusagen. Und zwar

¹¹⁹ BVG, Pressemitteilung Nr. 4/2017, 17. 1. 2017, www.bundesverfassungsgericht.de (18. 1. 2017).

¹²⁰ Über das Demokratieverständnis der NPD vgl. Michelsen, Demokratiebegriff.

¹²¹ Zitiert in: Pfahl-Traugher, Die „alte“ und die „neue“ NPD, S. 77.

¹²² Zitiert in Röpke/Speit, Mädelsache, S. 88.

¹²³ Zitiert nach Bündnis gegen rechts, Sigrid Schüssler bei BRAGIDA: „Wir sind die letzten Mohikaner, wir sind die letzten Deutschen“, 28. 4. 2015, <http://buendnisgegenrechts.net> (10. 5. 2017).

¹²⁴ RNF, Facebook, 26. 4. 2020 und 14. 5. 2020 (2. 7. 2020).

Abstammungsdeutsche. Sozialismus ist schon schwerer zu definieren – der Sozialismus à la DDR war bekanntlich eine Sackgasse. Wenn wir es am Privateigentum, an Produktionsmitteln – nach Karl Marx – festmachen, war der historische Nationalsozialismus auch nicht besonders sozial. [...] Nach der Wende und dem Anschluss der DDR an die BRD wurde den staunenden Ossis viel von sozialer Marktwirtschaft erzählt, von blühenden Landschaften, die sich jetzt – knapp 20 Jahre später – als Entleerungsräume herausgestellt haben. Soziale Marktwirtschaft kann halt nicht funktionieren, wenn der Markt global ist, die Sozialsysteme aber national bleiben. [...] Um den Begriff des nationalen Sozialismus mit praktikablen Inhalten zu füllen, sollten wir uns an die Grundaufgaben eines Staates erinnern. Äußere Sicherheit und Innere Sicherheit, Soziale Gerechtigkeit, Bildungssystem, Öffentliche Infrastruktur. Diese Kernaufgaben auf nationaler Grundlage ausgeführt, und wir hätten den nationalen Sozialismus.“¹²⁵

Wie substanzlos Schüsslers Konzept war, zeigt die äußerst simple Unterscheidung des nationalen Sozialismus von anderen Modellen, dem Marxismus, dem „real existierenden Sozialismus“, der sozialen Marktwirtschaft und dem historischen Nationalsozialismus. Offenbar schwebte ihr ein „dritter Weg“, ein neonationalsozialistischer Weg fern von Kapitalismus und Kommunismus vor. „Neo“, weil in der Gegenwart verankert; „national“, weil die soziale Ordnung einem völkischen Verständnis zugrunde liegt; und „sozial“, weil er die „Biodutschen“ bevorzugt. Auf seine konkrete Umsetzung ging die recht schwammige Erläuterung aber nicht weiter ein.

Dass die NPD einen subversiven Diskurs pflegt, ist augenscheinlich, doch bleibt die evozierte *Tabula rasa* immer symbolisch und rhetorisch, weil die Partei nach eigener Aussage die „Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung“ ablehnt.¹²⁶ Viel eher setzt sie auf eine evolutionäre Machtübernahme und hofft, wie einst in „Weimar“, das demokratische System „legal“ außer Kraft setzen zu können, über Wahlen und gezielte Destabilisierungs- und Polarisierungskampagnen. Dazu gehören die bereits vielfach erwähnten verbalen Entgleisungen, Verzerrungen, Provokationen und Tabubrüche, die das Sagbare auf der Straße, in den sozialen Medien und Parlamenten immer weiter ausreizen,¹²⁷ sowie ganz konkrete Rechtsbrüche. Kollektive Gewalt mag die Partei offiziell ablehnen, doch deckt sie immerzu die Gewaltpraxis ihrer AktivistInnen.

In den 1990er-Jahren stellten SozialwissenschaftlerInnen die überzeugende These auf, dass rechtsextreme Männer und Frauen auf der Einstellungsebene genauso gewaltaffin seien, Frauen aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Sozialisierung indes weniger „aktiv gewaltbereit“ auftreten und die Ausübung von Gewalt tendenziell lieber den Männern oder dem Staat überlassen (im Sinne einer passiven Gewaltbereitschaft).¹²⁸ Kriminologischen Studien zufolge lag der Anteil von Frauen bei rassistisch oder politisch motivierten Gewalttaten in den 2000er-Jahren

¹²⁵ Gitta Schüssler, Deutschland ist auch Frauensache – Sozial geht nur national, o.D., www.ring-nationaler-frauen.de (10. 2. 2010).

¹²⁶ NPD, Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin, NPD, 2006, o. S.

¹²⁷ Séville, Vom Sagbaren zum Machbaren?

¹²⁸ BirsI, Frauen und Rechtsextremismus, S. 26 f.; Stöss, Rechtsextremismus, Sexismus und Gender Gap, S. 44.

entsprechend bei ca. 5 bis 10%.¹²⁹ Es sind Zahlen, die laut der Soziologin Michaela Köttig nur bedingt der Wirklichkeit entsprechen, weil statistische Ämter ihre Daten nur selten nach Geschlecht aufschlüsseln, Polizei und Justiz in ihren Erhebungen und Ermittlungen von einem ausgeprägten „Gender Bias“ geleitet seien, der Frauengewalt unsichtbar mache, und allgemein kaum berücksichtigt wird, dass extrem rechte Frauen auch indirekt, bspw. durch Aufstachelung zum Hass, zur männlichen Gewalt beitragen können.¹³⁰

2013 waren ein Drittel aller NPD-FunktionärInnen vorbestraft und ein Viertel wegen Belästigung, Körperverletzung, unrechtmäßigen Waffenbesitzes, Diebstahls und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Haft- und Geldstrafen rechtskräftig verurteilt worden.¹³¹ Dass auch Nationaldemokratinnen mitunter ein gut gefülltes Strafregister aufweisen, ist hinlänglich bekannt. Beispiele gibt es viele. 1997 wurde Edda Schmidt wegen Volksverhetzung, Revisionismus und der Verbreitung jugendgefährdender Schriften zu einer mehrmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt; dazu verhängte ein Gericht 2008 noch eine Geldstrafe in Höhe von 900 Euro wegen Verunglimpfung des Staates gegen sie. Auch Judith Rothe, die langjährige stellvertretende Vorsitzende des RNF, wurde 2008 wegen Aufstachelung zu Rassenhass und Gewalt für schuldig erklärt, sie war zuvor bereits wegen Körperverletzung vor Gericht gestellt worden. 2002 musste Janine Blass 120 Stunden gemeinnützige Arbeit ableisten, weil sie im August 2000 die Fenster einer Moschee eingeschlagen hatte.¹³² Hinzu kommt, dass zahlreiche in WJ oder HDJ organisierte NPD-Frauen die paramilitärische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen betreuten und über diesen Weg gewalttätiges Verhalten normalisierten und förderten.

Als es in Deutschland im Kontext der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 zu gesellschaftlichen Polarisierungen und einer regelrechten Gewaltexplosion gegen Flüchtlinge und AsylbewerberInnen kam, als Flüchtlingsunterkünfte brannten und sich aus falsch verstandener Notwehr gegen die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin Merkel sogenannte „Bürgerwehren“ in sächsischen Städten wie Freital oder Heidenau formierten,¹³³ riefen die Nationaldemokratinnen nicht direkt zur Gewalt auf, sondern leugneten die Verstrickung rechter AktivistInnen in die Attentate, Übergriffe und Brandstiftungen. Im April 2016 behauptete Ricarda

¹²⁹ Bitzan, Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis. Manuskript zum Impulsreferat im Rahmen der Veranstaltung „Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus“, Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, 23. 1. 2008, S. 5.

¹³⁰ Köttig, Lebensgeschichten, S. 44. Einen Überblick über die weibliche Gewalt liefert etwa Birsl, Rechtsextremistische Gewalt, S. 253 f.

¹³¹ O. V., Ein Viertel der NPD-Funktionäre ist vorbestraft, 19. 12. 2013, in: Spiegel online, www.spiegel.de (2. 4. 2014).

¹³² O. V., NPD-Frauen wählen Edda Schmidt zur Vorsitzenden, 19. 10. 2009, <http://npd-blog.info> (21. 1. 2010); o. V., NPD-Funktionärin verurteilt, 14. 1. 2010, <http://npd-blog.info> (21. 1. 2010); Röpke, Retterin der weißen Rasse, S. 95.

¹³³ Dubslaff, Crise des réfugiés.

Riefing, ohne Beweise hierfür vorzulegen, dass „der Großteil der brennenden Asylunterkünfte in Rheinland-Pfalz [...] übrigens auf die Konten der Invasoren selbst“ ginge.¹³⁴ Mit dieser Verschleierungstaktik trug sie auf ihre Art und Weise zur geistigen Brandstiftung bei.

Ähnlich sieht die Haltung der NPD-Frauen auch in Bezug auf den Rechtsterrorismus bzw. den NSU¹³⁵ aus. Obwohl belegt ist, dass sich Parteifunktionäre, namentlich Tino Brandt, André Kapke oder Ralf Wohlleben, aktiv am Unterstützungsnetzwerk des weitverzweigten NSU-Komplexes beteiligt haben,¹³⁶ verlor der RNF in der Prozessphase von 2013 bis 2018 kaum ein Wort darüber. Ende 2011, kurz nach der Aufdeckung des „Trios“ um Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, hatte die Frauenorganisation noch versucht, dem Staat mitten in der Debatte über den Verfassungsschutz¹³⁷ die Schuld zuzuweisen. Sie bezichtigte ihn, den Terror selbst fabriziert zu haben, um die NPD verbieten zu können.

„Nun wird auch in den Medien die Frage diskutiert, welche Rolle der ‚Verfassungsschutz‘ spielt. Es wäre ja nicht das erstmal [*sic!*], dass Verbrechen von dessen Mitarbeitern begangen wurden, um sie irgendwelchen ‚Rechten‘ in die Schuhe zu schieben, um dann entsprechende unliebsame Gruppen verbieten zu können. Da stellt sich die Frage, ob man sich nicht überlegen sollte, den ‚Verfassungsschutz‘ als ‚kriminelle Vereinigung‘ zu verbieten. [...] Und natürlich wird sofort wieder nach einem NPD-Verbot geschrien [*sic!*]. [...] Das ist das, was man unter Demokratie hierzulande versteht ...“¹³⁸

Zwar leugnete der RNF jegliche Mitwisserschaft, doch schien er oder zumindest einzelne seiner Aktivistinnen durchaus im Bilde zu sein. So wurde Edda Schmidt im Sommer 2015 gerichtlich vorgeladen und zu etwaigen Verbindungen zu KomplizInnen und UnterstützerInnen in den frühen 2000er-Jahren befragt. Über den RNF beteuerte sie wenig später ihre Unschuld, indem sie erklärte, nie Kenntnis von den Taten oder dem Versteck des NSU gehabt zu haben. Ebenso habe sie nie Informationen an das BfV weitergegeben.¹³⁹ 2011 zeigte auch Ricarda Riefing ein

¹³⁴ Ricarda Riefing, Doch kein rechtsextremer Anschlag – es war ein Syrer, 10. 4. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (23. 8. 2016).

¹³⁵ Die Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) steht im Verdacht, seit dem Ende der 1990er-Jahre zahlreiche rassistische Straftaten begangen zu haben. Angelastet werden ihr neun Morde an türkisch- und griechischstämmigen Männern und einer Polizistin, mehrere Bombenanschläge und zahlreiche Banküberfälle. Aufgedeckt wurde der NSU im November 2011, kurz nach dem Selbstmord von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, und der Verhaftung der dritten Aktivistin des „NSU-Trios“, Beate Zschäpe, die 2018 nach einem langwierigen Prozess zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde. Zur juristischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Aufarbeitung des NSU-Terrors und seiner Folgen vgl. S. 9 in diesem Buch.

¹³⁶ Schätzungen zufolge stützte sich das „Trio“ auf ein Netzwerk von über 120 Personen, die es u. a. mit Pässen, Geld und Waffen versorgten und somit dessen Verharren im Untergrund ermöglichten. Vgl. Köhler, Right-Wing Terrorism, S. 128–156.

¹³⁷ In der Debatte ging es um das Versagen des Sicherheitsapparats in der Terrorabwehr. Vgl. Funke, Staatsaffäre NSU.

¹³⁸ RNF, „Rechtsterrorismus“-Diskussion, 28. 11. 2011, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 2. 2012).

¹³⁹ Edda Schmidt, In eigener Sache – Dank an die Unterstützer, 1. 7. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (30. 8. 2015).

etwas ambivalentes Verhältnis zum Rechtsterrorismus. In einem Interview distanzierte sie sich zwar von Beate Zschäpe, die sie als „Verräterin“ bezeichnete, doch drückte sie zugleich ihre Bewunderung für die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof aus, die sie für eine „intellektuelle Ikone“ und „Überzeugungstäterin“ hielt.¹⁴⁰ Demnach missbilligte sie weniger den Terrorismus als die „charakterlose“ Persönlichkeit und zu laue Haltung Zschäpes – sowie deren Kinderlosigkeit.

Zur Verschleierungstaktik des RNF gehört ebenfalls, den Rechtsterrorismus schlicht zu leugnen, so wie es Maria Fank 2013 tat, als sie vom „angeblich ‚rechten Terror‘“ sprach.¹⁴¹ Andere Aktivistinnen wiederum relativieren ihn dadurch, dass sie die „Terror“-Begrifflichkeit semantisch überdehnen und inflationär verwenden. Neben den „Terrormuslimen“, dem „multikulturellen Terror“, dem kapitalistischen „Konsumterror“ sowie dem alliierten „Bombenterror“ auf Dresden vom Februar 1945 prangern die Nationaldemokratinnen auch und vor allem den „Staatsterror“ an, als dessen Opfer sie sich sehen. „Terroristisch“ sei der Staat, weil er als diktatorischer „Polizeistaat“ die Rechte und Freiheiten seiner BürgerInnen mit den Füßen trete¹⁴² und „Andersgesinnte“, d. h. NationalistInnen, auf Geheiß der EU und anderer „Besatzermächte“ mithilfe von „linksfaschistischen Kriminellen“ verfolge, wie es Katrin Köhler aus dem sächsischen RNF empört ausdrückte:

„Damals wie heute fand und findet sie diese antideutschen Gewalttaten eine Schande für unser Land und dessen Unrechtsregierung. Unfrei und als willfähige, fremdbestimmte Marionetten der immer noch auf deutschem Boden agierenden Besatzermächte, dulden und fördern die Berliner und Brüsseler Volksverräter/innen derartige inländerfeindliche Terrorakte besonders gegen national denkende und handelnde deutsche Menschen. Dies [ist] absolut nicht akzeptabel und muss auf das Schärfste angemahnt und verurteilt werden. So etwas [ist] niemals demokratisch, sondern eindeutig diktatorisch und volksfeindlich – einfach widerlich und ekelhaft!“¹⁴³

Gewiss, diesen Opferdiskurs bemüht die NPD seit dem „Extremistenbeschluss“ von 1972, doch ist die Partei in ihrer verunglimpfenden Wortwahl – „Volksverrat“, „Unrechtsregierung“, „willfährig“, „fremdbestimmt“, „volksfeindlich“, „Schande“ – noch nie so radikal gewesen. Bei der Verschwörungsrhetorik, mit der sie den Staat, die Demokratie und ihre VertreterInnen angreift, fühlt man sich bisweilen an den antirepublikanischen Delegitimierungsdiskurs der NSDAP in der Weimarer Republik erinnert. Der Kampf gegen das „System“ und seine „politische Korrektheit“ beginnt, wie die „Neue Rechte“, die RechtsextremistInnen und RechtspopulistInnen seit jeher meinen, bereits in der Sprache und um die Sprache.¹⁴⁴ Dort

¹⁴⁰ Armin Lehmann, „Die Waffe bin ich selbst“, 30. 11. 2011, in: Der Tagesspiegel, www.tagesspiegel.de (30. 11. 2011).

¹⁴¹ Maria Fank, Sozial geht nur national, 3. 4. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (25. 11. 2013).

¹⁴² RNF, Bayern-NPD beteiligte sich an Münchner Mahnwache zum Tag des Grundgesetzes, 24. 5. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 7. 2012).

¹⁴³ Katrin Köhler, Politisches Pfingsten in Leipzig – RNF Sachsen zu Gast in der Odermannstraße, 28. 5. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (23. 7. 2012).

¹⁴⁴ Die „Neue Rechte“ und extreme Rechte legen es u. a. darauf an, die Sprache so zu transformieren, dass eine Kulturrevolution möglich wird. Nach Antonio Gramsci geht es ihnen darum, die „kulturelle Hegemonie“ in Deutschland zu erlangen. Vgl. Weiß, Die autoritäre Revolte.

wird er mit Vehemenz geführt. Auch die haarsträubende Unterstellung, der Staat fördere und benutze die AntifaschistInnen zur Verfolgung der NationalistInnen, ist schlicht falsch.¹⁴⁵ Zum einen dient diese Behauptung zur Stützung ihres Verfolgungsdiskurses,¹⁴⁶ zum anderen der Heroisierung der NationalistInnen, die für „Volk“ und „Nation“ beispiellose Gefahren auf sich nähmen. Ungeachtet des tatsächlichen Angst- und Unsicherheitsgefühls jener Frauen kommt man nicht umhin, das Narrativ als Nebelkerze zu betrachten. Im Hinblick auf die massive Bedrohungslage – genährt durch rechten Terror, Anschläge, Morde, Brandstiftungen, Drohungen und Einschüchterungsversuche –, in der sich unliebsame PolitikerInnen, JournalistInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft, „Antifas“, einfach alle als „Feinde“ Gebrandmarkten seit dem Ende der 2010er Jahre befinden, erscheint dieses Erzählmuster wie ein hilfloser Versuch, von der Gewalt des eigenen Spektrums abzulenken bzw. diese zu rechtfertigen.

Als die Landesinnenminister im Dezember 2012 ihren Beschluss bekanntgaben, beim Bundesverfassungsgericht ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD wegen ihres „aggressiv-kämpferischen“ Verhaltens anzustrengen, veröffentlichte der RNF einen scharfzüngigen Kommentar, in dem er anhand einer diskursiven Umkehrtaktik die „Illegitimität“ der Bundesrepublik Punkt für Punkt zu veranschaulichen suchte:

„Wir nationalen Frauen kämpfen in der Tat für die freie Selbstbestimmung unseres Volkes, genauso wie dies die nationalen Männer innerhalb unserer Partei, der NPD, tun. Unsere ‚Waffen‘ dabei sind unser Geist, unser Wort, unsere Schrift, unser Gesicht[,] das wir zeigen[,] und nicht zuletzt unser Glaube an die gute und schöpferische Kraft unseres Volkes. [...] Wir nationalen Frauen sehen ‚aggressiv kämpferisches‘ Verhalten unseres Staates in der gezielten Überfremdungspolitik, die gegen den Willen unseres Volkes verwirklicht wird. [...] Wir nationalen Frauen verurteilen zutiefst diese volksverachtende Überfremdungspolitik der BRD. Wir nationalen Frauen sehen ‚aggressiv kämpferisches‘ Verhalten unseres Staates in der politischen Verfolgung Andersdenkender [...]. Es ist das Zeichen bedingungsloser Brutalität eines Staates, der – gegen die Rechte seines eigenen Grundgesetzes – Terror zur Abschreckung und Einschüchterung, wie auch zur Bestrafung Andersdenkender einsetzt. [...] Wir nationalen Frauen sehen ‚aggressiv kämpferisches‘ Verhalten unseres Staates in der tagtäglichen, von gesetzlichen Krankenkassen finanzierten, Tötung Hunderter ungeborener Kinder. [...] Wir nationalen Frauen sehen dieses akzeptierte Dahingemetzel hilfloser Kinder als eines der schlimmsten Verbrechen der Jetztzeit. Es ist unentschuldig. Wir nationalen Frauen distanzieren uns von dieser menschenverachtenden ‚aggressiv kämpferischen‘ Politik der Regierenden der BRD. Wir sind die anständigen Deut-

¹⁴⁵ Die Haltung des Staates bezüglich der politisch motivierten Kriminalität von links ist alles andere als kulant. Davon zeugt u. a. das Bestreben, den Links- und den Rechtsextremismus gemäß der „Hufeisen“-Theorie „gleich“ repressiv zu behandeln, obwohl weder die Qualität noch das Ausmaß der Gewalt, die von beiden Spektren ausgeht, vergleichbar sind. Vgl. das Kapitel „Die Extremismustheorie – Hintergrund und Funktion einer Staatsdoktrin“, in: Bernhardt, Das braune Netz, S. 61–85.

¹⁴⁶ Zur Untermauerung nennt der RNF Beispiele für die von „links“ organisierte „Menschenjagd“ auf Mitglieder wie Maria Fank, Edda Schmidt oder Doris Zutt. Vgl. Gitta Schüssler, Menschenjagd in Berlin, 16. 10. 2013, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (14. 1. 2014); RNF, Anschlag auf das Anwesen von Edda Schmidt – Solidarität ist unsere Waffe, 2. 5. 2015, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (2. 9. 2015); Ricarda Riefling, RNF in Thüringen und Mecklenburg unterwegs, 19. 7. 2016, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (18. 1. 2017).

schen. Wir sind die Hoffnung! Hoffnung lässt sich nicht verbieten. Und Deutschland braucht Hoffnung!“¹⁴⁷

In diesem Glaubensbekenntnis des RNF verdichten sich die Angriffspunkte seiner system- und staatsfeindlichen Kritik. Doch haben sich die Nationaldemokratinnen nach der Urteilsverkündung durch das Bundesverfassungsgericht vom 17. Januar 2017, das die NPD zwar als verfassungsfeindlich einstufte, wegen ihres als niedrig eingeschätzten Gefahrenpotentials jedoch von einem Parteiverbot ab-sah,¹⁴⁸ recht diskret verhalten; vermutlich hatten sie nicht mit diesem milden Ausgang gerechnet. Zu Recht: Mit Blick auf die Intransigenz ihrer Fundamentalopposition hätte die NPD im Namen der wehrhaften Demokratie tatsächlich und in aller Konsequenz verboten werden müssen.

4. Resümee

Die „Weltanschauung“ der Nationaldemokratinnen besticht durch ihre erstaunliche ideologische Kohärenz. Gestützt auf den Ur-Mythos der GermanInnen, determiniert das völkische Prinzip nicht nur deren biologisch-organisches Verständnis von sozialer Ordnung, es bestimmt auch deren Wahrnehmung und Deutung der Geschlechterverhältnisse im „Volk“. Als „germanisches“ Ideal propagieren die NPD-Frauen die „Gleichwertigkeit“ der Geschlechter, die von der Komplementarität von Mann und Frau ausgeht, die „männlichen“ Tätigkeitsbereiche von den „weiblichen“ entsprechend segregiert und Frauen fast ausschließlich der häuslich-familiären Sphäre zuordnet. Als völkisches Pendant zur demokratisch-republikanischen „Gleichheit“ legitimiert die „Gleichwertigkeit“ die Diskriminierung von Frauen außerhalb ihres „natürlichen“ Reproduktionsbereichs. Somit ist sie schlicht nicht-egalitär, antifeministisch und reaktionär. Aus der Sicht der Rechtsextremistinnen wird die „Gleichwertigkeit“ jedoch insofern einem antisexistischen Anspruch gerecht, als die Mutter als „Volksmutter“ dem Vater als „Volksernährer“ gleichgestellt wird. Im Vergleich zu früheren Phasen der Parteigeschichte erfahren die Frauen dadurch eine symbolische Aufwertung. Der nationalistische Maternalismus, den die Partei schon in den 1970er Jahren vertrat, wurde in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich weiterentwickelt. Mit seinem bevölkerungspolitischen Substrat gehört er zu den Grundpfeilern der NPD-Sozialpolitik und ihres „nationalen Sozialismus“. Durch und durch rassistisch ist dieser völkische „Sozialismus“ auch in seiner weiblichen Ausdeutung, weil er ethnische wie religiöse Minderhei-

¹⁴⁷ RNF, Hoffnung lässt sich nicht verbieten!, 9. 12. 2012, www.ring-nationaler-frauen-deutschland.de (13. 1. 2013).

¹⁴⁸ Im Juni 2017 änderte der Bundestag das Grundgesetz (Art. 21 Abs. 3 GG), um alle als verfassungsfeindlich eingestuften Parteien von der Parteienfinanzierung auszuschließen. Im Sommer 2019 stellten Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag, um der NPD auch verfassungsrechtlich jegliche staatliche Finanzierung zu entziehen und somit die Selbstauflösung der Partei aus akuter Geldnot zu erreichen.

ten, MigrantInnen und Flüchtlinge verunglimpft, pauschal kriminalisiert und sexualisiert und dabei die Integration von „AusländerInnen“ als „Überfremdung“, gar als antideutschen „Genozid“ anprangert.

Darüber hinaus ist der bundesdeutsche Staat, als Garant des demokratisch-liberalen „Systems“, eine privilegierte Zielscheibe ihres Ächtungsdiskurses. Als „kapitalistischer“ Staat sei er der Globalisierung hilflos ausgeliefert; als „feministischer“ Staat fördere er die „Gleichmacherei“ der Geschlechter, die Abtreibungen und die Erwerbstätigkeit von Frauen; als „linker“ Staat unterdrücke er die „Andersdenken“, sprich die NationalistInnen; als „antideutscher“ Staat unterstütze er außerdem die „Masseneinwanderung“, die multikulturelle Gesellschaft und somit die „Entgermanisierung“ Deutschlands. Dass dieses anti-republikanische Narrativ zwangsläufig auch Umsturzphantasien nährt und auf die Apologie von Gewalt und Terror hinausläuft, liegt nahe. Freilich haben auch die NPD-Frauen der „Bekennnisgeneration“ ihren ganz eigenen, geschlechtsspezifischen Weg in den „nationalen Widerstand“ gefunden. Sie wissen, wie sie sich ihm politisch-ideologisch nützlich machen können. Wie ihre männlichen Mitstreiter haben auch sie den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen.